

## Der Transnistrien-Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung

Hanne, Gottfried

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hanne, G. (1998). *Der Transnistrien-Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung*. (Berichte / BIOst, 42-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43729>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>;  
e-mail: [biost.koeln@mail.rz.uni-koeln.de](mailto:biost.koeln@mail.rz.uni-koeln.de)

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Einleitung .....	7
Historische Voraussetzungen .....	8
Nationalitätenpolitik und Reformprozeß.....	11
Territorialisierung und Autonomie .....	14
Sezession und Eskalation .....	17
Verhandlungen, Vermittlungen und Regulierungsvorschläge .....	22
Perspektiven der Konfliktregulierung .....	31
Ausblick .....	36
Summary .....	39

20. Oktober 1998

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser ist Doktorand an der Freien Universität Berlin.

Redaktion: Gerhard Simon/Christel Dittmann



**Gottfried Hanne**

**Der Transnistrien-Konflikt:  
Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung**

Bericht des BIOst Nr. 42/1998

**Kurzfassung**

*Vorbemerkung*

Der Konflikt zwischen der selbsternannten „Pridnestrowskaja Moldavskaja Respublika“ (PMR) im Osten der Republik Moldau und der moldauischen Regierung ist wohl einer der komplexesten der vielen bisher ungelösten Sezessionskonflikte in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Der vorliegende Bericht analysiert die Ursachen des Konflikts sowie die Bedingungsfaktoren für dessen Entwicklung und versucht, auf dieser Grundlage die Perspektiven einer Konfliktregulierung auszuloten.

Der Bericht stützt sich auf die international erschienene Sekundärliteratur sowie auf die Auswertung von Archiven und nationalen sowie regionalen Presseveröffentlichungen und auf Gespräche und Interviews mit Wissenschaftlern, Politikern und Repräsentanten der jeweiligen Administration, internationaler und gesellschaftlicher Organisationen, die der Autor während eines zehnmonatigen Forschungsaufenthalts in der Republik Moldau und insbesondere in der PMR durchführen konnte.

*Ergebnisse*

1. Entgegen seiner Bezeichnung als Transnistrien-Konflikt trägt der Autonomie- und später Sezessionskonflikt im Osten der Republik Moldau weniger regionalen als vielmehr ideologischen, machtpolitischen, ökonomischen und teilweise ethnischen Charakter.
2. Die Mitte 1989 im Osten der Moldauischen Sowjetischen Sozialistischen Republik (MSSR) einsetzende Autonomiebewegung hatte ihre Ursachen in den Folgen der sowjetischen Nationalitätenpolitik, in den Auswirkungen der Gorbatschowschen Reformpolitik sowie in den sich innerhalb der MSSR und der Sowjetunion insgesamt um diese beiden Politiken entwickelnden Auseinandersetzungen. Als die zunehmende Machtverschiebung zugunsten der im wesentlichen rechts des Dnjestr aktiven moldauischen nationalen Bewegung die MSSR-weite Machtposition der etablierten Führungsgruppen unaufhaltsam zusammenbrechen ließ, begannen reformfeindliche, vorwiegend russische und ukrainische sowie loyale moldauische Eliten aus Partei- und Sowjetapparaten, Verwaltung und Wirtschaft, eine gezielte Territorialisierung der ursprünglich nicht-territorialen Konflikte um Nationalitätenpolitik und Reformen zu

betreiben. Ziel dieser Territorialisierung war der Erhalt des Status quo in den von ihnen noch kontrollierten Gebieten der MSSR, die ihren politischen, ideologischen und materiellen Interessen entgegenkam.

3. Der Übergang von der Autonomie- zur Sezessionsbewegung im Sommer und Herbst 1990 war in erster Linie durch die Souveränitätserklärung der MSSR, die zunehmenden Unabhängigkeitsbestrebungen der moldauischen Republikführung und die Volksfrontforderung nach Vereinigung der Moldau mit Rumänien motiviert. Im bis dahin vorwiegend innermoldauisch ausgetragenen Konflikt übernahm das sowjetische Zentrum seit Herbst 1990 selbst eine aktive, die Separatisten gegen die nach Unabhängigkeit strebende MSSR-Führung protegierende Rolle. Ermuntert durch die konservative Wende Gorbatschows, der die Union nun mit allen Mitteln zu erhalten suchte, unterstützten reaktionäre Kräfte des Zentrums die Dnjestr-Separatisten fortan tatkräftig.
4. Nach Auflösung der Sowjetunion kam es 1991/92 zu einer Konflikteskalation, die ihre Ursache vornehmlich im Versuch der PMR hatte, mit Waffengewalt und mit massiver Unterstützung von Kosaken und Soldaten der in Transnistrien stationierten 14. russischen Armee die letzten moldauisch kontrollierten Gebiete in dem von ihr beanspruchten Territorium einzunehmen. Durch die gezielte Provokation moldauischer Gegengewalt, die in den PMR-Medien als moldauische Aggression entstellt wurden, gelang es der PMR-Führung, nicht nur innerhalb der eigenen Bevölkerung, sondern vor allem auch in Rußland massive Unterstützung zu mobilisieren.
5. Die Eskalation des Konflikts und die erfolgreiche Intervention im Juni/Juli 1992 wurde zu einem Wendepunkt russischer Außenpolitik gegenüber den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Parteiübergreifend setzte sich eine außenpolitische Linie durch, die direkte Interventionen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Art zur Wahrung russischer Interessen in dieser Region befürwortete. Angesichts der Abhängigkeit separatistischer Bewegungen von internationaler Unterstützung wurde die Unterstützung der PMR durch die russische Führung von nun an zur wichtigsten Entwicklungsbedingung des „Transnistrien-Konflikts“ und zum wichtigsten Schlüssel für dessen Regulierung.
6. Nach dem Ende des bewaffneten Konflikts und insbesondere nach den Parlamentswahlen vom Februar 1994 setzte in der Republik Moldau unter vorwiegend innenpolitischem, aber auch russischem Druck ein massiver politischer Wandel ein, der durch die Betonung moldauischer Eigenständigkeit gegenüber Rumänien, durch Teilintegration in die GUS, einen außenpolitischen Kurs zwischen Rußland und der NATO sowie durch sprach- und minderheitenrechtliche Verbesserungen gekennzeichnet war. Durch diesen Wandel wurden direkte Verhandlungen mit den Dnjestr-Separatisten möglich.
7. Die seit dem Frühjahr 1993 laufenden Verhandlungen zwischen Chisinau und Tiraspol' haben jedoch auch nach der Einbeziehung der KSZE/OSZE Mitte 1994 bis heute keinen durchschlagenden Erfolg gebracht. Trotz weitreichender moldauischer Zugeständnisse (Autonome Republik) und aktiver Vermittlung durch OSZE, Rußland und zuletzt auch die Ukraine, gab es nur geringe Fortschritte. Ursache hierfür ist vor allem die kompromißlose Haltung der PMR-Führung, die trotz des Wegfalls aller wesentlichen Argumente (Rumäni-

sierung, militärische Bedrohung u.a.) an einer Eigenstaatlichkeit (Konföderation zweier unabhängiger Staaten) festhält. Ihre Haltung ist von der innermoldauischen politischen Dynamik und den Interessen der russischsprachigen Bevölkerung vollständig unabhängig geworden und zielt allein auf die Aufrechterhaltung des Status quo, der der korrupten Führungselite durch die Beteiligung an Schiebergeschäften riesige Dollarvermögen einträgt.

8. Obwohl sich die Anzeichen für einen Wandel der russischen Außenpolitik mehren, der die wirtschaftliche und militärische Schwäche und politische Isoliertheit Rußlands durch ein größeres Ausmaß an internationaler Kooperation zu kompensieren sucht, ist die russische Führung bis heute nicht entschlossen und innenpolitisch von kommunistischen und nationalistischen Kräften zu sehr unter Druck, um ihren vollen Einfluß auf die PMR-Führung geltend zu machen. Vor allem ist man bis heute angesichts des Interesses an einer ständigen militärischen Präsenz in der Moldau nicht bereit, die in „Operativgruppe“ umbenannte 14. Armee, deren Anwesenheit für die PMR weiter eine politische, militärische und symbolische Bestandsgarantie darstellt, abzuziehen.
9. Da sowohl für die russische Führung als auch für die Dnjestr-Separatisten die Offenhaltung des Konflikts zur Wahrung ihrer Interessen zur Zeit günstiger ist als jede andere Lösung und beide auch über die machtpolitischen Mittel hierzu verfügen, dürfte eine Regulierung des Konflikts bis zu einer grundlegenden Änderung der machtpolitischen Konstellation in der PMR oder einer pragmatischeren Definition russischer Außenpolitik kaum Aussichten haben. Beide Entwicklungen sind aber wegen des autoritären Regimes in der PMR und der andauernden, weiter offenen innerrussischen Diskussion um die Rolle des postsowjetischen Rußland in der internationalen Politik und um seine nationalen Interessen zur Zeit nicht absehbar.





## Einleitung

Sieben Jahre nach Zerfall der Sowjetunion bestehen in einigen ihrer Nachfolgestaaten ungelöste Sezessionskonflikte fort, die die demokratische Entwicklung dieser jungen Staaten sowie ihre ökonomische Transformation behindern und die regionale Sicherheit zum Teil ernsthaft gefährden. Einer dieser Konflikte ist die Auseinandersetzung zwischen der vornehmlich östlich (von seiner Quelle aus: links) oder aus der Sicht der rumänischsprachigen Bevölkerung westlich des Flusses Dnjestr (trans-nistria) gelegenen selbsternannten Pridnestrovskaja Moldavskaja Respublika (PMR) und der Regierung der Republik Moldau. Trotz jahrelanger Verhandlungen unter Vermittlung der OSZE sowie der Rußländischen Föderation und später auch der Ukraine konnte bis heute keine wirksame Regulierung erreicht werden. In der westlichen Öffentlichkeit ist dieser Konflikt nach 1992 fast in Vergessenheit geraten.

Der Konflikt bereitet Wissenschaftlern und Politikern bis heute bei der Analyse seiner Ursachen und Entwicklung sowie bei der Beurteilung seiner Regulierungsperspektiven große Schwierigkeiten, da er sich nicht ohne weiteres in gängige Denk- und Analysemuster einordnen läßt. Bis zur Entstehung der Autonomiebewegung im Jahr 1989 stellte das Gebiet der PMR niemals eine administrativ-territoriale, geschweige denn politische Einheit, ja noch nicht einmal eine historisch gewachsene Region dar. „Pridnestrov’e“ wurde erst 1989 zu einem politischen Begriff. Außerdem sind in der Autonomie- und Sezessionsbewegung der PMR Angehörige verschiedener Nationalitäten vertreten. Dennoch bestimmen vereinfachte Erklärungsmuster, die der Komplexität des Konfliktes nicht gerecht werden und unangemessene Erwartungen an die Möglichkeiten und Perspektiven seiner Regulierung wecken, teilweise immer noch die Perzeption dieses Konflikts. Während einige Beobachter die ethnische Dimension des Konflikts als die dominierende ansehen,<sup>1</sup> stellen andere die politisch-ideologische Konfliktlinie und die Einflußnahme und Manipulation des sowjetischen Zentrums und später Rußlands in den Vordergrund.<sup>2</sup> Wieder andere Beobachter halten ein historisch und geographisch begründetes, multi-ethnisches Regionalbewußtsein der transnistrischen Bevölkerung für die wesentliche Ursache des Widerstandes gegen die moldauische Regierung.<sup>3</sup> Arbeiten, die eine systematische Ursachengewichtung vornehmen, liegen bisher kaum vor.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> William Crowther, *The Politics of Ethno-National Mobilization: Nationalism and Reform in Soviet Moldavia*, in: *The Russian Review*, Nr. 2, 1991, S. 183-202; Jeff Chinn/Steven D. Roper, *Ethnic Mobilization and Reactive Nationalism: The Case of Moldova*, in: *Nationalities Papers*, Nr. 2, 1995, S. 291-325.

<sup>2</sup> Anneli Ute Gabanyi, *Moldova im Spannungsfeld zwischen Rußland, Rumänien und der Ukraine*, Bericht des BIOst, Nr. 16, 1996, Köln.

<sup>3</sup> Pål Kolstø/Andrei Malgin, *The Transnistrian Republic: A Case of Politicized Regionalism*, in: *Nationalities Papers*, Nr. 1, 1998, S. 103-127.

<sup>4</sup> Eine Ausnahme bildet Klemens Büscher, *Die „Staatlichkeit“ Transnistriens – ein Unfall der Geschichte? Beitrag für das Projekt "Die 'zweite nationale Wiedergeburt'. Nationalismus, nationale Bewegungen und Nationalstaatsbildung in der spät- und postkommunistischen Gesellschaft"*, Manuskript, o.O. 1998.

Im folgenden soll zum einen der Versuch unternommen werden, eine Gewichtung der Ursachen und Entwicklungsbedingungen des „Transnistrien-Konflikts“ zu erarbeiten. Argumentiert wird, daß der Konflikt seine Vorbedingungen in den historischen, politisch-territorialen, ethno-demographischen, sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Entwicklungen seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts hat, die die in der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (MSSR) seit 1940/44 und der heutigen Republik Moldau vereinten Gebiete rechts und links des Dnjestr unterschiedlich geprägt haben. Die eigentlichen Ursachen des Konflikts tragen jedoch weniger regionalen, transnistrischen Charakter, sondern liegen in erster Linie in den die gesamte MSSR betreffenden Folgen der sowjetischen Nationalitätenpolitik und der Gorbatschowschen Reformpolitik sowie den sich innerhalb der MSSR und unionsweit entwickelnden Auseinandersetzungen Ende der achtziger Jahre. Neben der nur anfangs dominierenden innermoldauischen Dynamik sind vor allem die Interessen der separatistischen Eliten und der Einfluß des sowjetischen Zentrums und heute Rußlands die entscheidenden Bedingungsfaktoren des Konflikts.

Das zweite Ziel dieses Beitrags ist die Analyse der Haltung der an den Verhandlungen beteiligten Akteure und der Perspektiven einer Konfliktregulierung. Argumentiert wird, daß die Sezessionsbewegung der PMR von der innermoldauischen Dynamik fast vollständig unabhängig geworden ist. Neben den Interessen der separatistischen Eliten und der Machtkonstellation innerhalb der PMR bleibt wegen der Abhängigkeit der PMR von internationaler Unterstützung der Einfluß Rußlands der entscheidende Schlüssel zur Regulierung des Konflikts.

### **Historische Voraussetzungen**

Die Republik Moldau vereinigt in sich Gebiete, die Teile größerer, unterschiedlicher ethno-kultureller Räume darstellen und erst 1940/44 mit Gründung der MSSR erstmals politisch-administrativ zusammengefaßt wurden: zum einen das dem ostromanischen Kulturraum zugehörige Gebiet zwischen den Flüssen Dnjestr im Osten und Pruth im Westen, den Ostteil des historischen Fürstentums Moldau (1359-1859/61), und zum zweiten das Gebiet östlich des Dnjestr, das nur einen kleinen Teil des lateinisch "Transnistria" genannten, zum ostslawischen Kulturraum gehörenden Territoriums zwischen Dnjestr im Westen und Bug im Osten darstellt. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts durchlebten diese Gebiete historische Entwicklungen, die sie ethno-demographisch, sprachlich, sozio-ökonomisch und sozio-kulturell unterschiedlich prägten. Die transnistrischen Gebiete hatte Rußland bereits 1791 und 1793 in Besitz genommen. 1812 verleihte es sich zudem den östlichen Teil des rumänischen Fürstentums Moldau zwischen Pruth und Dnjestr unter dem Namen Bessarabien ein.<sup>5</sup> In den transnistrischen Gebieten siedelte Rußland wie im Süden Bessarabiens russische, ukrainische,

---

<sup>5</sup> Wim P. van Meurs, *The Bessarabian Question in Communist Historiography. Nationalist and Communist Politics and History-Writing*, New York 1994, S. 45-48. Der westliche Rumpfteil des Fürstentums Moldau vereinigte sich 1859 mit dem Fürstentum Walachei zu Rumänien.

serbische, bulgarische, gagausische<sup>6</sup> sowie deutsche Kolonisten an, verschaffte sich so eine loyale Bevölkerungsgruppe und veränderte die ethno-demographischen Verhältnisse erheblich. Während die transnistrischen Gebiete niemals Teil des moldauischen Fürstentums oder Rumäniens waren, wurde Bessarabien zum rumänisch-russischen Streitobjekt.

In den Wirren des russischen Bürgerkriegs vereinigte sich Bessarabien 1918 mit Rumänien. Im Juni 1940 wurde Rumänien infolge des Hitler-Stalin-Pakts von der Sowjetunion gezwungen, Bessarabien wieder abzutreten, verleibte es sich aber im Zuge der Beteiligung am deutschen Ostfeldzug 1941 erneut ein und besetzte zudem die transnistrischen Gebiete bis zum Bug (Gouvernement „Transnistrien“). Im Frühjahr und Sommer 1944 eroberte die Rote Armee Transnistrien und Bessarabien zurück. Mit der erneuten sowjetischen Machtübernahme wurde 1944 die bereits 1940 gegründete MSSR wiedererrichtet, die historisch erstmals die Gebiete rechts des Dnjestr mit Teilen der transnistrischen Gebiete administrativ zusammenfaßte. Die nördlichen und südöstlichen Teile Bessarabiens wurden 1940/44 der Ukrainischen SSR angegliedert und das verbleibende Gebiet Zentralbessarabiens mit einem schmalen Landstreifen östlich des Dnjestr vereinigt.

Dieser schmale, nur knapp 4000 qkm<sup>2</sup> kleine Landstreifen, heute Hauptteil der PMR, stellte die westliche Hälfte der Moldauischen Autonomen SSR (MASSR) mit der Hauptstadt Balta und später Tiraspol dar, die die Sowjetunion 1924 zur Untermauerung ihrer Ansprüche auf Bessarabien im westlichen Teil der transnistrischen Gebiete, auf dem Territorium der Ukrainischen SSR errichtet hatte. In dieser MASSR stellten Moldauer 1940 nur 30 Prozent der Bevölkerung, Ukrainer hingegen etwa 50 Prozent, Russen 13 Prozent.<sup>7</sup> Die transnistrischen Moldauer unterlagen in ihrer dominanten ukrainisch-russischen Umgebung und ihrer dauerhaften Zugehörigkeit zum Russischen Reich und zur Sowjetunion viel stärker Russifizierungstendenzen als die Moldauer Bessarabiens und entwickelten wenig Zugehörigkeitsgefühl zum rumänischsprachigen Kulturraum. Ebenso wie die slawische Bevölkerung fühlten sie sich stärker dem Russischen Reich und später der Sowjetunion verbunden.

Mit Gründung der MSSR wurde die östliche Hälfte der MASSR wieder der Ukrainischen SSR eingegliedert. So wie für viele Ukrainer, Russen, Juden aber auch transnistrische Moldauer die rumänische Besetzung von 1941-44 mit Rumänisierung und Holocaust ein Trauma darstellt, das sie für die anti-rumänische sowjetische Propaganda empfänglich machte, so wurde die Sowjetisierung Bessarabiens mit der Vertreibung und Vernichtung der moldauischen Elite, Hinrichtungen, Deportationen sowie Zwangskollektivierung für die bessarabischen Moldauer zum traumatischen Erlebnis.<sup>8</sup>

Die sozio-ökonomischen, ethno-demographischen und sozio-kulturellen Unterschiede zwischen rechtem und linkem Dnjestr-Ufer blieben trotz Angleichungstendenzen auch in der

---

<sup>6</sup> Die Gagausen sind ein christlich-orthodoxes Turkvolk, dessen Angehörige zu dieser Zeit wegen ihrer Verfolgung aus dem Osmanischen Reich flüchteten.

<sup>7</sup> van Meurs, *The Bessarabian Question*, S. 396.

<sup>8</sup> Büscher, *Die „Staatlichkeit“ Transnistriens*, S. 5.

MSSR erhalten. Im Gegensatz zum rückständigen Bessarabien hatte die erste Periode Stalinscher Industrialisierung östlich des Dnjestr einen industriellen Kern geschaffen, der in der MSSR ausgebaut wurde. Während die bessarabischen Gebiete erst seit den sechziger Jahren stärker industrialisiert wurden, aber agrarisch dominiert blieben, entwickelten sich die transnistrischen Städte Tiraspol und Rîbnița sowie das an Tiraspol angrenzende rechtsdnjestrtsche Bender zu Industriezentren der MSSR, die von Betrieben des militärisch-industriellen Komplexes, der Bau-, Elektro- und Leichtindustrie dominiert wurden. Diese Städte bildeten – ebenso wie die transnistrischen Gebiete – keine einheitliche Wirtschafts- oder Industriezone.<sup>9</sup> Insgesamt erbrachten die transnistrischen Gebiete aber eine beachtliche wirtschaftliche Leistung. Diese elf Prozent des Territoriums und 17 Prozent der Bevölkerung der MSSR erwirtschafteten ein Drittel der moldauischen Industrie- und 90 Prozent der Energieproduktion.<sup>10</sup> Die sozio-ökonomischen Lebensverhältnisse in den ländlichen Gebieten glichen sich hier stärker als rechts des Dnjestr denen der Städte an.<sup>11</sup>

Im Zuge der Sowjetisierung wurden zehntausende russischer und ukrainischer Spezialisten zum Aufbau des Sowjetsystems in die MSSR geschickt. Die forcierte Industrialisierung brachte weitere Hunderttausende, vorwiegend russische und ukrainische Zuwanderer, hierher, die sich mehrheitlich in den Städten, vor allem in Chișinău, Tiraspol, Bălți, Bender, Rîbnița und Dubăsari niederließen. Zudem wurden insbesondere links des Dnjestr umfangreiche sowjetische Truppen stationiert. Während die Moldauer 1989 in der MSSR 64,5 Prozent der Bevölkerung stellten, bildeten sie östlich des Dnjestr nur 39,9 Prozent. Ukrainer und Russen stellten in der MSSR 13,8 bzw. 13,0 Prozent, links des Dnjestr hingegen 28,3 bzw. 25,4 Prozent, zusammen also eine Bevölkerungsmehrheit.<sup>12</sup> Über 70 Prozent der Russen, Ukrainer und anderen Nicht-Moldauern leben zwar in den bessarabischen Gebieten der MSSR. Die transnistrischen Städte und das angrenzende Bender sind jedoch Hochburgen russisch-ukrainischer Bevölkerungskonzentrationen. In Dubăsari stellten Russen und Ukrainer 1989 zusammen 52,9, in Bender 60,1, in Rîbnița 68,9 und in Tiraspol gar 73,5 Prozent der Bevölkerung (Chișinău: 39, Bălți: 49,5 Prozent).<sup>13</sup> Insgesamt leben Russen fast ausschließlich in Städten und Siedlungen "städtischen Typs", während auf dem Land Moldauer sowie im Süden auch Gagausen und Bulgaren und im Norden und Osten zum Teil Ukrainer dominieren.

---

<sup>9</sup> Die Rajons Dubăsari, Grigoriopol, Slobozia sowie die Städte Tiraspol und Bender bilden ihrer Wirtschafts- und Industriestruktur nach mit dem rechtsdnjestrtschen Rajon Ștefan-Vodă eine südöstliche, die nördlichen Rajons Rîbnița und Camenca mit 13 rechtsdnjestrtschen Rajons und der Stadt Bălți eine nördliche Wirtschaftszone. Vartičan I.K. u.a.: *Sovetskaja Moldavija. Kratkaja ênciklopedija*, Chișinău 1982, S. 697f.

<sup>10</sup> Vasile Nedelciuc, *Respublika Moldova*, Chișinău 1992, S. 97; vgl. hierzu außerdem die laufenden Jahrgänge von *Goskomstat MSSR, Narodnoe chozjajstvo MSSR*, Chișinău 1950-1990.

<sup>11</sup> Valeriu G. Moșneaga u.a., *Konflikt v Moldove. Opyt êtnopolitičeskogo analiza*, Chișinău 1992, S. 20.

<sup>12</sup> Nedelciuc, *Respublika Moldova*, S. 23, 27; Büscher, *Die „Staatlichkeit“ Transnistriens*, S. 3.

<sup>13</sup> *Goskomstat MSSR, Raspredelenie naselenija Respubliki Moldova po osnovnym nacional'nostjam*, Chișinău 1989, S. 1f.

Etwa zwei Drittel der Russen und die Hälfte der Ukrainer in der Moldau sind Zuwanderer der sowjetischen Ära und deren Nachfahren.<sup>14</sup> In den transnistrischen Industriezentren liegt deren Anteil besonders hoch. Hinzu kommen noch die hier konzentrierten Armeeeinheiten mit Familienangehörigen sowie eine große Zahl von Armeepensionären und Veteranen. Wie die Zuwanderer betrachteten sie im Gegensatz zu den Moldauern nicht die MSSR, sondern die Sowjetunion als ihre Heimat. Entsprechend diesem sozialen Milieu waren die Gebiete und insbesondere die Städte links des Dnjestr eine Hochburg des Sowjetpatriotismus. Nicht wenige transnistrische Moldauer blieben sprachlich und kulturell russifiziert und teilten die sowjetische Identität der russischsprachigen Bevölkerung stärker als die bessarabischen Moldauer.

### **Nationalitätenpolitik und Reformprozeß**

Trotz der historisch gewachsenen Unterschiede zwischen den bessarabischen und transnistrischen Gebieten der MSSR, müssen die wesentlichen Ursachen des heutigen Sezessionskonflikts in den Folgen der sowjetischen Nationalitätenpolitik und der Gorbatschowschen Reformen seit 1987 gesehen werden. Die sowjetische Nationalitätenpolitik, deren Ideologie die Gleichheit aller Völker der Sowjetunion sowie ihre "Annäherung" und "Verschmelzung" zu einem Sowjetvolk anstrebte, scheiterte in ihrem Bemühen um die Integration des Vielvölkerstaats in der MSSR ebenso wie in der Sowjetunion. Die Kader-, Wirtschafts-, Sprach- und Migrationspolitik bestärkten letztlich das ethnische Bewußtsein der nicht-russischen Völker und vergrößerten die politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Disparitäten.<sup>15</sup> Durch die Besetzung von Schlüsselpositionen im Zentrum und in den Unionsrepubliken mit Russen, durch die Konzentration russischer Arbeiter in Schlüsselindustrien sowie durch die Verbreitung des Russischen als zweite Muttersprache aller Völker auf Kosten der Zurückdrängung der nicht-russischen Sprachen entstand unionsweit und in den einzelnen Republiken eine ethnische Stratifikation.

Auch in der MSSR wurden zwar moldauische Eliten gezielt herangebildet, doch führte das Mißtrauen des sowjetischen Zentrums gegen potentielle pro-rumänische Einstellungen bei bessarabischen Moldauern zu einer Bevorzugung russischer und ukrainischer sowie teilweise transnistrisch-moldauischer Kader. Bis Anfang der achtziger Jahre dominierten diese in die MSSR geschickten oder aus den transnistrischen Gebieten stammenden Eliten die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen der MSSR, wobei insbesondere die politischen Eliten Tiraspol's eine herausragende Stellung einnahmen.<sup>16</sup> Zwar erreichten die Moldauer ein Übergewicht in den mittleren Ebenen des Partei- und Republikapparats, erst ab Anfang der achtziger Jahre aber stiegen sie verstärkt in die oberen Etagen auf. Das zunehmende

---

<sup>14</sup> Irina V. Tabak: *Russkoe naselenie Moldavii. Čislennost', rasselenie, mežetničeskie svjazy*, Chişinău 1990, S. 118.

<sup>15</sup> Gerhard Simon, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft*, Baden-Baden 1986, S. 335-356.

<sup>16</sup> Ronald Hill, *Political Elites: The Case of Tiraspol*, London 1977.

Gewicht moldauischer Kader und deren Aufstiegsblockade durch russische und ukrainische Kader erhöhte auf beiden Seiten die Wahrnehmung der Konkurrenz um Führungspositionen. Eine ähnliche Konkurrenz bestand teilweise auch zwischen den aufstrebenden bessarabisch-moldauischen und den etablierten transnistrisch-moldauischen Eliten.<sup>17</sup>

Noch 1989 waren Russen und andere Nicht-Moldauer in Führungspositionen in Industrie, Wissenschaft sowie Ministerialverwaltung und in Handel, Medien, Kultur, Bildung und Medizin zum Teil stark überrepräsentiert. Moldauer dominierten hingegen in der Landwirtschaft und waren ansonsten zum Teil deutlich unterrepräsentiert.<sup>18</sup> Russen, Ukrainer und andere Nicht-Moldauer waren in den prestigeträchtigen Beschäftigungen stärker vertreten und wiesen einen höheren Urbanisierungsgrad, ein höheres Bildungsniveau und höhere Durchschnittseinkommen als die Moldauer auf. Die große Mehrheit der Moldauer (1989: 66,5 Prozent) blieb ländliche Bevölkerung.

Zum Kristallisationspunkt der bis dahin latenten moldauischen Unzufriedenheiten wurde seit 1987 unter den Bedingungen von Glasnost' und Perestrojka die Sprachenfrage. Die Zurückdrängung des Moldauischen, einer regionalen Mundart des Rumänischen, durch das Russische wurde als eine Symbolisierung der nationalen Unterordnung der Moldauer unter das russisch dominierte Zentrum aufgefaßt. Während die meisten Moldauer Russisch beherrschten, sprach nur eine kleine Zahl der Russen und anderen Nicht-Moldauer der MSSR Moldauisch, die große Mehrheit hingegen fast ausschließlich Russisch.<sup>19</sup>

In der MSSR hatte die Sprachenfrage aber noch einen besonderen Aspekt. Zur Abwehr rumänischer Ansprüche propagierte man seit der Zeit der MASSR die Existenz einer eigenständigen, von der rumänischen unterschiedenen moldauischen Nation mit eigenständiger Kultur und einer angeblich vom Rumänischen separaten Sprache.<sup>20</sup> Der in Rumänien schon Mitte des 19. Jahrhunderts vollzogene Übergang von der kyrillischen zur lateinischen Schrift wurde nicht nachvollzogen, regionale Besonderheiten und Slawismen im Moldauischen gefördert, um die Existenz einer eigenständigen „moldauischen Sprache“ zu belegen.<sup>21</sup>

Unter der Führung bessarabisch-moldauischer Kultureliten bildete sich seit 1988 eine demokratische und nationale Bewegung heraus, die grundlegende ökonomische und politische Reformen im Sinn der Perestrojka sowie die Umsetzung der bisher nur vorgegebenen Ziele der

---

<sup>17</sup> Michael Bruchis, *Nations - Nationalities - People: A Study of the Nationalities Policy of the Communist Party in Soviet Moldavia*, New York 1984, S. 72-78.

<sup>18</sup> Goskomstat MSSR, *Raspredelenie zanjatogo naselenija otdel'nych nacional'nostej po otrasljam narodnogo chozjajstva*, Chişinău 1989, S. 1-16.

<sup>19</sup> Departamentul Statisticii al Republicii Moldova: *Anuarul Statistic al Republicii Moldova 1993*, Chişinău 1994, S.68f; *Komitetul de stat pentru statistică al RSS Moldova*, Information Nr. 07-13-11, Chişinău 1990.

<sup>20</sup> Das zentrale Werk dieser Ideologie schrieb Anatolij M. Lazarev, *Moldavskaja sovetskaja gosudarstvennost' i bessarabskij vopros*, Chişinău 1974, S. 116.

<sup>21</sup> Michael Bruchis, *One Step Back, Two Steps Forward: On the Language Policy of the Communist Party of the Soviet Union in the National Republics*, Boulder 1982; Charles King, *Soviet Policy in the Annexed East European Borderlands: Language, Politics and Ethnicity in Moldova*, in: Odd Arne Westad u.a. (Hrsg.), *The Soviet Union in Eastern Europe, 1945-89*, London 1994, S. 63-93.

sowjetischen Nationalitätenpolitik (Förderung des Moldauischen und der moldauischen Kultur, bessere Karrierechancen für Moldauer) einforderte. Zur größten Mobilisierungsressource sowie zur ersten Machtprobe mit der reformfeindlichen moldauischen Partei- und Republikführung avancierte die symbolisch aufgeladene Frage der Aufwertung des Moldauischen, der Anerkennung seiner Identität mit dem Rumänischen und des Übergangs zur lateinischen Schrift. Im Mai 1989 wurde als Dachorganisation der Bewegung die „Volksfront Moldovas“ gegründet, die die gefälschte sowjetische Geschichtsschreibung über die Besetzung Bessarabiens kritisierte, die volle Souveränität der MSSR forderte und das verfassungsmäßige Recht der MSSR auf Austritt aus der Union betonte.<sup>22</sup> Die Bewegung erhielt nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch unter Parteimitgliedern wachsenden Zulauf. Bessarabisch-moldauische politische Kader sahen zunehmend ihre Chance, durch die nationale Bewegung die mit ihnen konkurrierenden russischen und ukrainischen (sowie transnistrisch-moldauischen) Eliten von Führungspositionen zu verdrängen und sprangen auf den fahrenden Zug der nationalen Bewegung auf.

Am 31. August und 1. September 1989 wurden vom Obersten Sowjet der MSSR drei Gesetze verabschiedet, die das Moldauische zur alleinigen Staatssprache, Russisch hingegen zum "Medium interethnischer Kommunikation" erklärten, den Übergang zur lateinischen Schrift sanktionierten und den Gebrauch der Sprachen in der MSSR regelten, wobei sie Führungskadern Fristen setzten, innerhalb derer sie ausreichende Moldauischkenntnisse nachweisen, andernfalls ihre Positionen verlieren sollten. Im November 1989 wurde der russisch assimilierte transnistrisch-moldauische erste Sekretär der KPM Semen Grossu abgesetzt und – erstmals in der MSSR-Geschichte – durch einen, der Volksfront gegenüber kompromißbereiten Bessarabien-Moldauer, Petru Lucinschi, ersetzt.<sup>23</sup> Die KPM spaltete sich zunehmend entlang ethnischer Linien. Mit der Durchsetzung der im Grunde gemäßigten Sprachgesetze, der Forderung der moldauischen Nationalbewegung nach Souveränität der MSSR sowie mit dem Machtwechsel an der Parteispitze zeigte sich, daß die überkommenen ethnischen Beziehungen in der MSSR in radikalem Wandel begriffen waren. Die Moldauer waren im Begriff, die politische Herrschaft in ihrer Republik zu erringen und die ethnische Stratifikation umzukehren.

Unter der russischsprachigen Bevölkerung entstanden durch das Anwachsen der moldauischen Nationalbewegung und deren Souveränitätsforderungen Statusängste, die sich mit sozialen Ängsten verbanden. Obwohl die Sprachengesetze Russisch in Orten mit überwiegend nicht-moldauischer Bevölkerung als Amtssprache zuließen und für die östlichen Rajons und Städte der MSSR längere Übergangsfristen bestimmten, symbolisierten sie insbesondere den Russen einen Statuswechsel von der politisch, ökonomisch und sozial dominierenden Gruppe zur nationalen Minderheit und gefährdeten die berufliche und soziale Position der nicht-moldauischen Führungsgruppen. Bereits im Frühjahr 1989 (noch vor Bildung der Volksfront) gründeten Angehörige der russischsprachigen Eliten die Edinstvo-

---

<sup>22</sup> Vladimir Socor, Popular Front Founded in Moldavia, in: Report on the USSR, Nr. 23, 1989, S. 23-26.

<sup>23</sup> Vladimir Socor, Party Leader of Moldavian SSR Replaced, in: Report on the USSR, Nr. 48, 1989, S. 20-23.



Bewegung, die republikweit die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung zu vertreten beanspruchte.<sup>24</sup> Da Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reformen die Positionen dieser Eliten ebenso stark gefährdeten wie die Sprachengesetze, war die Mehrheit der Edinstvo-Mitglieder nicht zufällig auch reformfeindlich gesinnt. Zur Abwehr von Veränderungen setzten Partei- und Republikführung sowie Edinstvo-Bewegung von Anfang an auf "aggressive Diffamierung" moldauischer nationaler Forderungen, um die nationalitäten- und sprachenpolitische Realität, die ihre Machtpositionen sicherte, aufrechtzuerhalten.<sup>25</sup>

Im Herbst 1989 kennzeichneten so zwei republikweite Konflikte die politische Situation in der MSSR. Zum einen die politisch-ideologische Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern der vom sowjetischen Zentrum initiierten ökonomischen und politischen Reformen und zum zweiten die ethnische Auseinandersetzung zwischen den vorwiegend bessarabischen Moldauern auf der einen und der russischsprachigen Bevölkerung auf der anderen Seite um die durch die Sprachenfrage symbolisierte politische Vorherrschaft in der MSSR. Seit Herbst 1989 erfuhren diese beiden republikweiten Konflikte eine gezielte Territorialisierung durch reformfeindliche Angehörige der russischsprachigen Wirtschafts-, Verwaltungs- und Partieliten der transnistrischen Städte Rîbnița und Tiraspol. Durch die kompromißlose Haltung von Partei- und Republikapparat sowie Edinstvo-Bewegung in der nationalen Frage kam es zu einer Radikalisierung der Volksfront. Das ethnische Konfliktpotential wurde von den reformfeindlichen Institutionen und Organisationen zur Durchsetzung ihrer politisch-ideologischen und materiellen Interessen instrumentalisiert. Die ethnischen Auseinandersetzungen traten in den Vordergrund.

### **Territorialisierung und Autonomie**

Die Territorialisierung begann Ende August 1989 mit der Streikbewegung gegen die Sprachengesetze. Die Streikbewegung war republikweit orientiert und organisiert. Ihre Forderungen umfaßten neben Russisch als zweite Staatssprache und einem Referendum über die Gesetze nicht zufällig auch die Forderung nach Streichung der für Führungskader aller Bereiche vorgesehenen Moldauischprüfungen.<sup>26</sup> Gerade russischsprachige, vielfach zugewanderte und reformfeindlich gesinnte Führungskader der Wirtschaft sowie der Verwaltungs- und Sowjetapparate und der Parteiorganisationen waren es nämlich, die die Diskussionen der Gesetzentwürfe in den Arbeitskollektiven dominierten.<sup>27</sup> Direktoren, Abteilungsleiter und Ingenieure nahmen auch in den Räten der Arbeitskollektive der großen russischsprachig dominierten Betriebe der größeren Städte die führenden Positionen ein und initiierten die Streikbewegung.

---

<sup>24</sup> Petr M. Šornikov, *Pokušenie na status. Ėtnopolitičeskie processy v Moldavii v gody krizisa 1988-1996*, Chişinău 1997.

<sup>25</sup> Büscher, *Die „Staatlichkeit“ Transnistriens*, S. 12.

<sup>26</sup> So etwa der Appell des Tiraspol'er Stadtsowjet an den Obersten Sowjet der MSSR vom 23.5.1989, in: *Dnestrovskaja pravda*, 27.5.1989.

<sup>27</sup> Vgl. die Berichte über die Diskussionen in den Arbeitskollektiven in: *Dnestrovskaja pravda*, 16.5.1989.

Aus den Räten der Arbeiterkollektive entstanden extrem reformfeindliche, aggressiv anti-moldauische Organisationen. Unter der meist zugewanderten russischsprachigen Bevölkerung der großen Städte mit ihrer sowjetischen Identität und Feindschaft gegen die moldauischen Bestrebungen fielen die Mobilisierungsversuche der interessierten Eliten auf fruchtbaren Boden. Von Anfang an waren jedoch auch etablierte und daher an der Aufrechterhaltung des Status quo interessierte, weitgehend russifizierte Moldauer an der Streik- und späteren Autonomie- und Sezessionsbewegung beteiligt.

Am radikalsten zeigte sich der von den Tiraspol'er Räten der Arbeitskollektive gegründete "Vereinigte Rat der Arbeitskollektive" (Ob-edinennyj Sovet Trudovych Kollektivov - OSTK). Ab Mitte August organisierte er gegen den Willen der Partei einen politischen Streik, dem sich auch viele von ähnlichen Organisationen geführte Betriebe in Rîbnița und Bender anschlossen. Neben Bender waren rechts des Dnjestr, mit deutlich schwächerer Teilnahme, Bălți und Chișinău, die Streikzentren. Alle Appelle der Streikenden, die Sprachengesetze nicht zu verabschieden, waren an die Werktätigen der MSSR und gesamt-moldauische Institutionen gerichtet. Ein Bezug auf die transnistrischen Gebiete existierte auf politischer Ebene nicht.<sup>28</sup>

Nach der Verabschiedung der Gesetze, die die Einflußlosigkeit der russischsprachigen Eliten auf die gesamt-moldauischen politischen Institutionen zeigte, sprachen sich führende Wirtschaftsfunktionäre in Rîbnița und Tiraspol' offen für die Idee einer Autonomen Republik (ASSR) aus, um ihre politische und ökonomische Machtposition wenigstens in den Gebieten der MSSR zu verteidigen, die man noch kontrollierte. Diese Idee, die von der Forderung der Gagausen im Süden des Landes nach einer eigenen ASSR inspiriert war, war seit der Veröffentlichung der Gesetzentwürfe im Frühjahr 1989 auch in den Räten der Arbeitskollektive östlich des Dnjestr sporadisch aufgetaucht.<sup>29</sup> Die Idee war aber umstritten. Die Stadtparteikomitees lehnten sie als übereilt und nicht konstruktiv ab.<sup>30</sup> Innerhalb der Befürworter wurde hingegen gestritten, ob es sich nur um eine ASSR der transnistrischen Gebiete (Levobereže, Podnestrov'e) als Wiederbelebung der MASSR oder um eine ASSR "am Dnjestr" (Pridnestrov'e), der sich auch rechtsdnjestrische Gebiete anschließen könnten, handeln sollte.<sup>31</sup> Die Variante einer "Pridnestrovskaja ASSR" setzte sich angesichts beginnender autonomistischer Bestrebungen im russisch-ukrainisch dominierten rechtsdnjestrischen Bender und angesichts der administrativ-territorialen Einbeziehung rechtsdnjestrischer Gebiete in drei der fünf östlichen Rajons (Slobozia, Dubăsari, Camenca) bald durch und belegte damit den grundsätzlich nicht auf eine bestimmte Region fixierten, sondern

---

<sup>28</sup> Büscher, Die „Staatlichkeit“ Transnistriens, S. 9.

<sup>29</sup> So etwa der Direktor des Tiraspol'er Textilkombinats PChBO in: Dnestrovskaja pravda, 3.10.1989.

<sup>30</sup> So der erste Sekretär des Rîbnițer Stadtparteikomitees in: Leninskoe znamja, 1.12.1989; vgl. auch die Argumente bei J. Tjutekin, Nužna li avtonomija levoberežnoj Moldavii?, in: Dnestrovskaja pravda, 17.10.1989.

<sup>31</sup> V. Lesničenko, Avtonomnaja respublika Pridnestrovja. Nužna li ona?, in: Dnestrovskaja pravda, 17.10.1989.

republikweiten, ideologischen, politischen und ethnischen Ursprung der Autonomiebewegung.

Die Ribniter Räte der Arbeitskollektive und der Tiraspoler OSTK machten nun gezielt Druck auf ihre Stadtsowjets und dehnten ihre Agitation unter der transnistrischen, vornehmlich moldauischen und ukrainischen Landbevölkerung aus. Deren Unterstützung wurde nämlich von den Autonomieaktivisten gegenüber Chişinău zwar behauptet und mit einer angeblich während der Zeit der MASSR entstandenen, der gesamten Bevölkerung des linken Dnjestr-Ufers eigenen "transnistrischen Identität"<sup>32</sup> begründet. In Wirklichkeit aber bestand, zumindest zu diesem Zeitpunkt, diese, ausgerechnet von zugewanderten Autonomieaktivisten behauptete, gemeinsame transnistrische Identität nicht. Die Bewegung blieb zunächst auf die mehrheitlich zugewanderte russischsprachige Bevölkerung der Städte links des Dnjestr (sowie Bender) begrenzt. Am 3. Dezember 1989 stimmten in Rîbniţa 91,1 Prozent, am 28. Januar 1990 in Tiraspol 95,9 Prozent der teilnehmenden Bevölkerung in Referenden für einen ökonomischen Sonderstatus ihrer Stadt und den Beitritt zu einer "PASSR" im Falle ihrer Gründung. In den angrenzenden Rajons hatte die Agitation der Ribniţer und Tiraspol'er Gesandten kaum Erfolg. Die transnistrisch-moldauische Landbevölkerung, die von der moldauischen Nationalbewegung kaum erreicht wurde, war zwar mehrheitlich gegen den Übergang zur lateinischen Schrift, blieb aber auch für die Autonomiebewegung kaum mobilisierbar und lehnte eine ASSR ab.<sup>33</sup> Die ukrainische Landbevölkerung schwankte, blieb aber noch passiv.

Als die moldauische Volksfront jedoch nach baltischem Vorbild immer stärker auf die volle Souveränität der MSSR drängte und nach dem Sturz Ceauşescus in Rumänien Ende 1989 teilweise die Unabhängigkeit und die Vereinigung mit Rumänien diskutierte, verbreiterte sich die Basis der Autonomiebewegung. Nach ihrem Erfolg bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der MSSR im März 1990 setzte die Volksfront die Übernahme der rumänischen, erst im November 1990 durch das moldauische Wappen ergänzten Fahne sowie der rumänischen Nationalhymne durch. Die litauische Unabhängigkeit wurde anerkannt und ein Konzept für den Übergang zur Marktwirtschaft beschlossen. Am 23. Juni 1990 verabschiedete der Oberste Sowjet der MSSR die moldauische Souveränitätserklärung. Begleitet wurden diese Ereignisse von gewalttätigen Übergriffen auf russischsprachige Abgeordnete sowie von einer „Moldausierung“ der Institutionen, im Zuge derer viele russischsprachige, reformfeindlich gesinnte Führungskader ihre Ämter verloren und durch Moldauer ersetzt wurden. Anfang Juli 1990 nahm der zweite Volksfront-Kongreß Formulierungen ins Programm der Bewegung auf, die einer Befürwortung der Vereinigung mit Rumänien gleichkamen.<sup>34</sup> Eine Autonomie für die östlichen Rajons oder für die Gagausen im Süden lehnte man ebenso ab wie die moldauische Regierung.

---

<sup>32</sup> Vgl. das Interview mit V.A. Zagradskij, Führungsmitglied des OSTK, Dnestrovskaja pravda, 3.10.1989.

<sup>33</sup> Vgl. etwa die Ergebnisse der Diskussion in den Arbeitskollektiven des Grigoriopoler Rajons, in: Družba, 14.11.1989.

<sup>34</sup> Programm und Resolutionen u.a. in Pobeda, 17.7.1990

Angesichts der Machtlosigkeit der Edinstvo-Bewegung sowie einer zunehmend anti-russischen Atmosphäre in Chişinău, wechselten radikale Vertreter der rechtsdnjestrtschen russischsprachigen Organisationen nach Tiraspol' über und machten sich für eine Autonome Republik stark.<sup>35</sup> Auch unter der moldauischen und ukrainischen Landbevölkerung links des Dnjestr fanden sich angesichts der zunehmend als sezeptionistisch empfundenen Haltung der moldauischen Regierung gegenüber Moskau Autonomieanhänger. Nicht wenige transnistrische Moldauer, die eine explizit moldauische Identität verinnerlicht hatten, waren gegen eine Sezession von der Sowjetunion und empfanden den Kurs der Volksfront als Bedrohung ihrer kulturellen Identität und als Rumänisierung. In Bender, im Rajon Rîbnița und in der Stadt Dubăsari führten die Stadt- bzw. Rajonsowjets im Juli und August 1990 Referenden durch, die eine Mehrheit für einen Beitritt zu einer „PASSR“ ergaben. In den Rajons Camenca, Slobozia, Dubăsari und Grigoriopol hingegen lehnten die Rajonsowjets Referenden weiter ab. Daraufhin organisierten bzw. inszenierten einige Dorfsowjets vornehmlich der ukrainisch dominierten Dörfer sowie sogenannte Initiativgruppen eigenmächtig Referenden, deren Ergebnisse mehr als fragwürdig waren. Viele moldauische Dörfer hingegen verhinderten weiter Referenden.<sup>36</sup>

### Sezession und Eskalation

Ging es in den Referenden bis August um die Aussetzung der Sprachengesetze und der wiedereingeführten nationalen moldauischen Symbole sowie um die Errichtung einer Autonomen Republik, so rief der OSTK-dominierte Zweite Kongreß der Volksdeputierten aller Ebenen am 2. September 1990 in Tiraspol mit der Pridnestrovskaja Moldavskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika (PMSSR)<sup>37</sup>, Hauptstadt Tiraspol, eine Unionsrepublik aus. Die moldauische Souveränitätserklärung und die zunehmenden Bestrebungen der Volksfront nach Unabhängigkeit und Vereinigung mit Rumänien hatten die Autonomiebewegung bewogen, den Schritt zur Sezession zu tun, obwohl sie weiterhin nicht sich, sondern die Volksfront und die MSSR-Regierung als Separatisten ansah.<sup>38</sup> Die Bewegung erhielt dabei Unterstützung von reaktionären Kräften des sowjetischen Zentrums, das angesichts der Unabhängigkeitsbestrebungen der Republiken seit Herbst 1990 eine Annäherung an diese Kräfte vollzog. Die Bestrebungen der Republiken sollten notfalls mit der Erlangung eines territorialen Faustpfands gegen ihre Unabhängigkeit bekämpft werden.<sup>39</sup>

---

<sup>35</sup> So etwa der Jura-Professor und ethnische Moldauer V. Jakovlev, der zum Chefideologen der PMR avancierte, oder die Historiker N. Babilunga und B. Bomeško, die für ihre ideologisch aufgeladenen Werke über die Geschichte der PMR berühmt-berüchtigt wurden.

<sup>36</sup> Eine Übersicht über die Referenden gibt die Dnestrovskaja pravda, 14.10.1990.

<sup>37</sup> Die Bezeichnung "Moldauisch" drückt den Willen der PMSSR-Gründer aus, die Existenz einer eigenständigen moldauischen Nation anzuerkennen und dieser auf ihrem Territorium Schutz vor ihrer Rumänisierung zu gewähren. Vgl. hierzu Politiko-pravovoe obosnovanie sozdanija Pridnestrovskoj Moldavskoj Sovetskoj Socialističeskoj Respubliki, in: Bessarabskij vopros i obrazovanie Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki. Sbornik oficial'nych dokumentov (Red. V.N. Jakovlev u.a.), Tiraspol 1993, S. 97.

<sup>38</sup> So etwa Igor Smirnow in einem Interview in der Dnestrovskaja pravda, 21.11.1990.

<sup>39</sup> Simon, Die Desintegration der Sowjetunion, S. 11.

Die Ausrufung der PMSSR fand unter dem Schutz von Tuppen des sowjetischen Innenministeriums statt, die eigentlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung in die MSSR geschickt worden waren.

Im Dezember 1990 boten die provisorischen Obersten Sowjets der PMSSR und der im August ausgerufenen „Gagausischen SSR“ der moldauischen Regierung eine Moldauische Föderation an.<sup>40</sup> Der moldauische Präsident Snegur lehnte das Angebot jedoch ebenso ab, wie direkte Verhandlungen mit den Separatisten.

Mit dem sich verstärkenden Konflikt zwischen dem sowjetischen Zentrum und der MSSR erhielt der Sezessionskonflikt im Osten der MSSR eine neue Dimension. Das sowjetische Zentrum bemühte sich um die Vermittlerrolle zwischen Chişinău und Tiraspol, um ein Einlenken der PMSSR und der Gagausen für Zugeständnisse Chişinăus in der Frage der Anerkennung der Unionsgesetze und des Erhalts der Union zu erreichen.<sup>41</sup> Die moldauische Regierung erfüllte die Forderungen Gorbatschows jedoch ebensowenig wie die Separatisten.<sup>42</sup> Die Entwürfe eines neuen Unionsvertrags und das Referendum über den Erhalt der Union im März 1991 wurden abgelehnt. Zwar verlor die Volksfront wegen ihrer Forderung nach Vereinigung mit Rumänien die Unterstützung der Bevölkerung. Im Mai 1991 wurde der Volksfront-Premierminister Druc, der für die forcierte Rumänisierungspolitik verantwortlich gemacht wurde, vom Parlament abgesetzt. Bei zunehmender politischer Distanz zu Rumänien zeigte sich jedoch, daß in der politischen Mobilisierung seit 1988 tatsächlich eine moldauische Nation Wirklichkeit geworden war, die nun mit Macht ihre staatliche Souveränität beanspruchte.<sup>43</sup> Wie andere Republiken auch, forderte man einen Bund souveräner Staaten ohne zentrale Organe und begann mit anderen Republiken zwischenstaatliche Beziehungen aufzunehmen. Zudem ging man an den Aufbau eigener Streitkräfte und Polizeieinheiten. Die Tatsache, daß auch die Moldauer rechts des Dnjestr die Vereinigung mit Rumänien ablehnten, belegt, daß der Mobilisierungserfolg der Autonomiebewegung unter den transnistrischen Moldauern in dieser Frage nicht in erster Linie ein Ausdruck der bestehenden regionalen sozio-kulturellen und mentalen Unterschiede zu den bessarabischen Moldauern war. Vielmehr mobilisierten die Autonomiebefürworter in dieser Frage mittels intensiver Propaganda unter der unpolitisierten transnistrisch-moldauischen Landbevölkerung lediglich republikweite moldauische Einstellungen, die sie dann als Ausdruck einer angeblichen "transnistrischen Identität" hinstellten.

---

<sup>40</sup> Dnestrovskaja pravda, 12.12.1990.

<sup>41</sup> Stuart J. Kaufman/Stephen R. Bowers, Transnational Dimensions of the Transnistrian Conflict, in: Nationalities Papers, Nr. 1, 1998, S. 130.

<sup>42</sup> Ukaz Prezidenta SSSR „O merach po normalizacii obstanovki v SSR Moldova“, in: Sovetskaja Moldavija, 23.12.1990.

<sup>43</sup> Stefan Troebst, Der Transnistrien-Konflikt und die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ 1992-1998, Seminarlektüre für das Seminar „Pridnestrov’e: Die Region Transnistrien im 20. Jahrhundert“, 29. Juni - 10. Juli 1998, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Flensburg 1998, S. 20. Zum Prozeß der moldauischen Nationswerdung grundlegend Claus Neukirch, Die Republik Moldau. Nations- und Staatsbildung in Osteuropa, Münster 1996; auch Wim P. van Meurs, Carving a Moldavian Identity out of History, in: Nationalities Papers, Nr. 1, 1998, S. 39-56.

Die inzwischen eindeutig vom Tiraspol' er OSTK dominierte Sezessionsbewegung am Dnjestr brach in dieser Zeit die Beziehungen zu den offiziellen Stellen des sowjetischen Zentrums ab, da diese sich weigerten, die PMSSR anzuerkennen. Auch die Kontakte zur ungeliebten neuen demokratischen Führung der Russischen SFSR wurden eingestellt, seit diese verstärkt auf russische Souveränität gegenüber dem sowjetischen Zentrum drängte. Man verließ sich fortan auf die Unterstützung reaktionärer Kreise aus dem Zentrum und anderen Republiken.<sup>44</sup> Im November 1990 wurde in Tiraspol' ein eigener Oberster Sowjet gewählt. Er verabschiedete im Dezember 1990 eine Souveränitätserklärung<sup>45</sup> und begann seit dem Januar 1991 mit dem Aufbau von Exekutivorganen. Das Referendum über den Erhalt der Union wurde in den von Separatisten kontrollierten Gebieten durchgeführt (97,9 Prozent Zustimmung). Mit der oft mit Gewaltandrohung gegen Dorfsowjets verbundenen Inszenierung von Referenden versuchte man außerdem, eine Legitimation für die weitere Ausdehnung zu bekommen.<sup>46</sup> In den beanspruchten Städten und Gebieten am Dnjestr entwickelte sich eine Doppelherrschaft, die durch eine dem Konflikt zwischen sowjetischem Zentrum und MSSR parallele gegenseitige Blockade und Ignorierung gekennzeichnet war. Keine Seite konnte sich entscheidend durchsetzen. In dieser Zeit behaupteten sich innerhalb der Bewegung radikale Kräfte, die einen Kompromiß mit Chişinău ablehnten. Gemäßigte Separatisten, die die PMSSR als ein Faustpfand für Zugeständnisse (Sprachenpolitik, Unterschrift des neuen Unionsvertrags) ansahen und hofften, eine Einigung mit Chişinău erzielen zu können, verließen daraufhin die Bewegung.<sup>47</sup>

Mit dem Moskauer Putsch vom August 1991 und den Unabhängigkeitserklärungen der Unionsrepubliken eskalierte der Konflikt zwischen Chişinău und Tiraspol zunehmend. Am 25. August 1991 erklärte die PMSSR ihre Unabhängigkeit. Zwei Tage später folgte die Unabhängigkeitserklärung Chişinăus, das dabei die transnistrischen Gebiete als "integralen Teil des historischen und ethnischen Territoriums" des moldauischen Volkes beanspruchte und den Abzug der sowjetischen Truppen forderte.<sup>48</sup>

Die Dnjestr-Separatisten dagegen gingen energisch zur Erlangung der tatsächlichen Macht in den beanspruchten Städten und Rajons über. Im September gelang es durch Gewaltandrohung, die Polizei in Stadt und Rajon Rîbniţa, in den linksdnjestrischen Gebieten

---

<sup>44</sup> Pål Kolstø/Andrei Edemsky/Natalya Kalashnikova, *The Dniester Conflict: Between Irredentism and Separatism*, in: *Europe-Asia Studies*, Nr.6, 1993, S. 984.

<sup>45</sup> Wie bereits die Deklaration über die Gründung der PMSSR (2.9.1990) wird auch in der Souveränitätserklärung ausdrücklich die Möglichkeit des Beitritts weiterer Gebiete zur PMSSR festgeschrieben und die MASSR nicht einmal erwähnt. Damit hatte sich auch offiziell die Version einer eigenen Republik "am Dnjestr" (Pridnestrov'e) gegen die ursprüngliche Begründung der PMSSR als bloße Wiederbelebung der MASSR durchgesetzt. Vgl. Bessarabskij vopros, S. 91f und 111-115.

<sup>46</sup> In den Rajons Dubăsari und Grigoriopol hatten selbst nach den geschönten Zahlen der Sezessionsbewegung bis Oktober 1990 erst 30 bzw. 57 Prozent der Bevölkerung an "Referenden" teilgenommen. *Dnestrovskaja pravda*, 14.10.1990.

<sup>47</sup> So etwa der gemäßigte Rîbniţer "Doppel"-Abgeordnete des moldauischen Parlaments und des Obersten Sowjet der PMSSR Malaj, der seine Position und die Enttäuschung über die Entwicklung der Bewegung in einem offenen Brief darlegte. *Leninskoe znamja*, 4.7.1991.

<sup>48</sup> *Sfatul Cerij (Sfatul Țării)*, 31.8.1991.

des Rajons Camenca und in Tiraspol zur Unterordnung unter die Jurisdiktion der PMSSR zu nötigen. Im Dezember wurden die moldauischen Behörden aus den Rajons Slobozia und Grigoriopol vertrieben. In Bender richtete der Stadtsowjet eine eigene Miliz ein, die fortan in Konkurrenz zur moldauischen Polizei agierte. Kompromißlos wurden innere Widerstände gebrochen, pro-moldauische Institutionen geschlossen, Unternehmen der eigenen Jurisdiktion unterstellt, oppositionell gesinnte Einwohner bedroht, vertrieben, in Einzelfällen sogar ermordet.<sup>49</sup> Mit Ausnahme einiger moldauischer Dörfer der Rajons Dubăsari und Grigoriopol<sup>50</sup> sowie der Städte Dubăsari und Bender kontrollierten die Separatisten Ende 1991 die von ihnen beanspruchten Gebiete links des Dnjestr. Die rechtsdnjestrischen Gebiete der Rajons Camenca und Dubăsari konnten jedoch nicht einbezogen werden. Am 1. Dezember 1991 wurden eigene Präsidentschaftswahlen durchgeführt, die der Russe Igor Smirnow, 1987 in die MSSR beordeter Direktor eines großen Tiraspol'er Betriebes, Co-Vorsitzender des Tiraspol'er OSTK, seit März 1990 Vorsitzender des Stadtsowjet Tiraspol's und "Vorsitzender" der PMSSR, deutlich vor dem Moldauer Gregorie Marakuța, ehemaliger erster Sekretär des Camencer Rajonparteikomitees, stellvertretender Vorsitzender des Exekutivkomitees des Camencer Rajonsowjet und Vorsitzender des Obersten Sowjet der PMSSR, gewann. In einem gleichzeitig inszenierten "Referendum" stimmte angeblich die große Mehrheit der Bevölkerung für die Unabhängigkeit der sich fortan PMR nennenden Mini-Republik innerhalb einer "Union souveräner Staaten".<sup>51</sup> Die moldauischen Präsidentschaftswahlen im Dezember 1991 wurden, außer in den nicht kontrollierten Dörfern, boykottiert.

Unterstützung erhielten die Dnjestr-Separatisten bei ihrem Vorgehen aus Rußland, wo der Konflikt zwischen Tiraspol' und Chişinău seit Ende 1991 von der kommunistischen und nationalistischen Anti-Jelzin-Opposition instrumentalisiert wurde. Während die russische Regierung bereit war, sich aus den Krisengebieten der ehemaligen Sowjetrepubliken zurückzuziehen, nutzte die rot-braune Opposition die Konflikteskalation in der Moldau, um die Bedrohung der Russen in den nicht-russischen Nachfolgestaaten hochzuspielen und der Jelzin-Führung Verrat an diesen Landsleuten vorzuwerfen.<sup>52</sup> In der beginnenden innenpolitischen Diskussion um die Rolle des postsowjetischen Rußland in der internationalen Politik und seiner nationalen Interessen, in der die reaktionären Kräfte die Wiedererrichtung der Sowjetunion oder eines russischen Großreichs anstrebten, distanziierten sich Anfang 1992 immer mehr Parlamentarier und Jelzin-Anhänger vom Kurs der russischen Führung und befürworteten ein Eingreifen auf seiten der PMR. Angesichts der Zurückhaltung der westlichen Staaten, die die Position Jelzins nicht unterminieren wollten, begann sich der

---

<sup>49</sup> Etwa der stellvertretende Vorsitzende des Dorfsowjet von Caragaş (Slobozia). Hierzu und allgemein zum Vorgehen der „PMR“ gegen jegliche Opposition vgl. Helsinki Watch, Human Rights in Moldova. The Turbulent Dniester, New York und Washington, März 1993.

<sup>50</sup> Bei diesen Dörfern handelt es sich fast ausschließlich um Dörfer, in denen Moldauer 80-97 Prozent der Bevölkerung stellen.

<sup>51</sup> Dnestrovskaja pravda, 4.12.1991.

<sup>52</sup> Mariana Hausleitner, Die Moldaurepublik und die Rußländische Föderation, in: Südosteuropa Mitteilungen, Nr. 4, 1996, S. 348f.

Kurs der russischen Führung zu ändern.<sup>53</sup> Die reaktionären Kräfte nutzten diesen Politikwandel. Freiwillige und Kosaken wurden nach Transnistrien gebracht. Die in Transnistrien stationierten, ab April 1992 als 14. Armee unter russisches Oberkommando gestellten ehemals sowjetischen Truppen, die seit der Einschränkung ihrer sozialen Privilegien durch die moldauische Regierung in den Jahren 1990/91 Sympathien für die Sezessionsbewegung zeigten, versorgten die PMR mit Waffen und Kriegstechnik. Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere wechselten zur PMR-Garde über.<sup>54</sup> Im Januar 1992 beschloß der Oberste Sowjet der PMR ein Konzept über die zukünftige Gestaltung der Republik Moldau, das eine Gemeinschaft dreier souveräner und unabhängiger Republiken (Moldau, PMR und Gagausien) vorsah.<sup>55</sup>

Der moldauische Präsident Snegur bot hingegen den östlichen Rajons und den Gagausen allein den Status freier ökonomischer Zonen an. Allerdings war er bereit, beiden für den Fall einer moldauisch-rumänischen Vereinigung ein Selbstbestimmungsrecht einzuräumen. Beide Sezessionsrepubliken lehnten jedoch ab. Bis auf wenige Dörfer in den Rajons Dubăsari und Grigoriopol sowie auf die Stadt Dubăsari aus den transnistrischen Gebieten vertrieben und in Bender stark bedrängt, war die moldauische Regierung im Frühjahr 1992 bemüht, nicht weiter zurückzuweichen. Mit zunehmender Heftigkeit kam es in der Folge vor allem in Dubăsari und Bender zu militärischen Auseinandersetzungen, als PMR-Gardisten und Kosaken versuchten, die letzten moldauisch kontrollierten Gebiete einzunehmen. Auf beiden Seiten wurden Menschenrechte massiv verletzt.<sup>56</sup> Nach inoffiziellen Quellen teilweise auf Befehl Moskaus nahmen Tausende Angehörige der 14. Armee auf seiten der PMR an den Kämpfen teil.<sup>57</sup> Ihren traurigen Höhepunkt fanden die Auseinandersetzungen im Juni 1992 in einem Kurzkrieg um Bender. Hunderte Kämpfer und Zivilisten verloren dabei ihr Leben. Etwa 130.000 Menschen flüchteten während der Kämpfe vor allem aus Bender und Dubăsari.<sup>58</sup> Nachdem die gemeinsamen Bemühungen der Außenminister Rußlands, Rumäniens, der Ukraine und der Republik Moldau, einen Waffenstillstand zu erreichen, gescheitert waren, gelang es dem Ende Juni zum neuen Oberkommandierenden der 14. russischen Armee ernannten Generalmajor Aleksandr Lebed<sup>59</sup> in den ersten Julitagen durch Eingreifen auf seiten der Separatisten, den Kampfhandlungen ein Ende zu bereiten. Die moldauische Regierung erlitt eine militärische Niederlage.

---

<sup>53</sup> Andranik Migranjan, *Rossija i bližnee zarubež'e*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 18.1.1994.

<sup>54</sup> Neil V. Lamont, *Territorial Dimensions of Ethnic Conflict: The Moldovan Case, 1991-March 1993*, in: *The Journal of Slavic Military Studies*, Nr.4, 1993, S. 589.

<sup>55</sup> *Dnestrovskaja Pravda*, 18.1.1992.

<sup>56</sup> Vgl. hierzu Helsinki Watch, *Human Rights in Moldova*, passim, sowie die Untersuchungen der russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“, *Large-scale and Gross Violations of Human Rights and the Situation in the Zone of Armed Conflict In and Around the City of Bendery (June-July, 1992)*, Moskau, 11. September 1992.

<sup>57</sup> Lamont, *Territorial Dimensions of Ethnic Conflict*, S. 587.

<sup>58</sup> V. Mosnjaga (Valeriu Moşneaga), *Vooružennyj konflikt v Respublike Moldova i problema peremeščennyh lic*, in: *Moldoscopy. Problemy političeskogo analiza. Sbornik statej. Čast' VII*, Chişinău 1995, S. 93f.



Letztlich ging die Strategie der Dnjestr-Separatisten auf. Die überwiegend von ihnen durch bewaffnete Übergriffe auf moldauische Einrichtungen gezielt provozierte und in den PMR-Medien ebenso gezielt in eine angebliche moldauische Aggression verfälschte Gegengewalt der moldauischen Regierung mobilisierte große Teile der Bevölkerung der kontrollierten Gebiete gegen die moldauische Regierung und für die Sezession sowie von außen die Unterstützung Rußlands.<sup>59</sup> Bei einem nicht unerheblichen Teil der transnistrischen Bevölkerung, auch über die russischsprachige Stadtbevölkerung hinaus, wurde so kurzfristig ein diffuses Gemeinsamkeitsgefühl erzeugt, das zuvor nicht existierte. Die Kriegserinnerungen wurden zum "Kitt"<sup>60</sup> einer instabilen, in sich widersprüchlichen, aber unmittelbar nach den bewaffneten Auseinandersetzungen höchst virulenten "transnistrischen Identität", deren Fragmente Sowjetpatriotismus, Mentalität der russischsprachigen Stadtbevölkerung, Festhalten an sowjetischen politisch-ideologischen Dispositionen (Internationalismus, anti-westliche Haltung u.a.), materielle und machtpolitische Eliteninteressen, russischer, zum Teil ukrainischer und anti-rumänisch moldauischer Nationalismus sowie zielgerichtet stimulierte Ansätze eines regionalen Sonderbewußtseins bildeten.<sup>61</sup>

### **Verhandlungen, Vermittlungen und Regulierungsvorschläge**

Unter Druck der Agrarierfraktion des Parlaments unterzeichnete Präsident Snegur am 21. Juli 1992 in Moskau einen russisch-moldauischen Vertrag, der Waffenstillstandsbedingungen festlegte sowie die Einrichtung einer Sicherheitszone entlang des Dnjestr vorsah, die von einer russisch-moldauisch-transnistrischen Gemeinsamen Kontrollkommission und Friedenstruppen unter russischem Oberbefehl überwacht werden sollte. Bender wurde zu einer besonderen Sicherheitszone erklärt, innerhalb derer unter einem russischen Stadtkommandanten transnistrische Miliz und moldauische Polizei nebeneinander tätig blieben. Der Vertrag betonte formal die territoriale Integrität der Republik Moldau, bestimmte den schrittweisen, noch genauer auszuhandelnden Abzug der 14. Armee, versprach der PMR einen Sonderstatus innerhalb der Republik Moldau und gewährte ihr das Recht auf Selbstbestimmung im Fall einer moldauisch-rumänischen Vereinigung.<sup>62</sup>

Für die PMR bedeutete dies mittelfristig einen Erfolg. Über den militärischen Erfolg hinaus stand man nun unter dem Schutz Rußlands, das die Vermittlerrolle auf sich genommen hatte, und baute in der Folge unter massivem Terror gegen oppositionell gesinnte Einwohner die staatlichen Strukturen aus. Mit Ausnahme einiger Dörfer im Rajon Dubäsari kontrolliert die PMR seither die gesamten transnistrischen Gebiete, zudem Teile der rechtsdnjestrigen Gebiete des Rajons Slobozia sowie faktisch auch Bender und einige angrenzende Dörfer. Mit

---

<sup>59</sup> Zu dieser Strategie siehe Stuart J. Kaufman, *Spiraling to Ethnic War: Elites, Masses, and Moscow in Moldova's Civil War*, in: *International Security*, Nr. 2, 1996, S. 127.

<sup>60</sup> Dieser anschauliche und treffende Vergleich stammt von Troebst, *Der Transnistrien-Konflikt*, S. 29.

<sup>61</sup> Vgl. Büscher, *Die "Staatlichkeit" Transnistriens*, S. 2.

<sup>62</sup> Kolstø et al, *The Dniester Conflict*, S. 994.

russischer Hilfe gelang es der PMR sogar, unter Verstoß gegen das Waffenstillstandsabkommen in Bender eigenes Militär zu stationieren. Der PMR wurde außerdem durch ihre gleichberechtigte Teilnahme an Friedenstruppen und Kontrollkommission eine Quasi-Anerkennung ihrer Staatlichkeit zuteil. Auch das von den Dnjestr-Separatisten und reaktionären russischen Kreisen ungeliebte Rumänien konnte von einer Teilnahme an der Konfliktregulierung ausgeschlossen werden.<sup>63</sup>

In der Folgezeit erhielt die PMR umfangreiche "direkte, unmittelbare Hilfe"<sup>64</sup> materieller und finanzieller Art aus Rußland, wo sich neben reaktionären nun auch demokratische Politiker für den Beitritt der PMR zur eigenen Föderation einsetzten. Unter dem Oberkommandierenden Lebed' verstärkte sich der Waffentransfer der 14. Armee an die PMR-Armee noch.<sup>65</sup> Die kommunistischen und nationalistischen Kräfte Rußlands sahen in der politisch und ökonomisch weiter sowjetisch organisierten PMR die Keimzelle einer wiederzuerrichtenden Sowjetunion oder eines russischen Großreichs.<sup>66</sup>

Im Januar 1993 billigte der Oberste Sowjet der PMR einen Vertragsentwurf über die "Abgrenzung der Vollmachten der Subjekte einer Moldauischen Konföderation", der bis heute die Grundlage der Position der PMR für Verhandlungen mit Chişinău darstellt. Gefordert wird eine Konföderation zweier souveräner, unabhängiger Staaten, die miteinander völkerrechtliche Beziehungen unterhalten.<sup>67</sup> Beide Konföderationssubjekte sollen eigene Verfassungen, eigene legislative, exekutive und judikative Organe, eigene Armeen und eigene Sicherheitsstrukturen und -dienste sowie volles Haushaltsrecht besitzen. Beide Subjekte sollen eigene internationale Beziehungen unterhalten und unabhängig voneinander die gesamte Innen- und Außenpolitik bestimmen. Die zentralen Organe der angestrebten Konföderation sollen paritätisch besetzt werden. Die Form und die Kompetenzen der zentralen Organe bleiben jedoch besonderen Verträgen zwischen den beiden Subjekten vorbehalten. Dem Urteil internationaler Experten nach, stellt der Entwurf letztlich einen internationalen Vertrag zur Anerkennung der Unabhängigkeit der PMR dar.<sup>68</sup>

Im April 1993 nahm eine KSZE-Langzeitmission ihre Arbeit in der Republik Moldau mit dem Ziel auf, "das Zustandekommen einer dauerhaften und umfassenden politischen Lösung des Konflikts [...] zu erleichtern"<sup>69</sup>. Das Mandat der Mission beschränkt sich jedoch auf die transnistrischen Gebiete. Damit wurden nun auch von internationaler Seite die historisch-territorialen Besonderheiten der transnistrischen Gebiete, die eigentlich nur ein sekundärer

---

<sup>63</sup> Troebst, Der Transnistrien-Konflikt, S.28.

<sup>64</sup> So Boris Jelzin am 8.10.1992 in einem Fernsehinterview, zitiert nach dem Final Report on the Conflict in the Left Bank Dniester Areas of the Republic of Moldova by the Personal Representative of the Chairman-in-Office of the CSCE Council, Adam Daniel Rotfeld (Poland), Director of SIPRI, Prague, 31.January 1993, S. 8.

<sup>65</sup> Lamont, Territorial Dimensions of Ethnic Conflict, S. 596.

<sup>66</sup> Kolstø. et al., The Dniester Conflict, S. 992.

<sup>67</sup> Vgl. hierzu und im folgenden den Text des Vertragsentwurfs in: Dnestrovskaja pravda, 12.1.1993.

<sup>68</sup> CSCE Mission to Moldova, Report No 12, Chişinău, 8 November 1993, S. 16.

<sup>69</sup> Wiener AHB-Gruppe, Journal Nr.7, Anhang 1 (11. März 1993).

Aspekt des Konflikts sind, in den Vordergrund gerückt. Der Konflikt wurde damit auch in der internationalen Wahrnehmung endgültig zum Transnistrien-Konflikt. Von Anfang an hatte die KSZE daher große Probleme, die PMR-Führung, die die Anerkennung ihrer "Republik" zu beiden Seiten des Dnjestr fordert<sup>70</sup> und die Entsendung der Mission als Einmischung betrachtet<sup>71</sup>, von der Zweckmäßigkeit einer Beteiligung der Mission an den Verhandlungen zu überzeugen. Auch die russische Regierung zeigte zu diesem Zeitpunkt noch ein hohes Maß an Skepsis. Der Transnistrien-Konflikt und die erfolgreiche Intervention in Bender hatten die gesamte russische Außenpolitik gegenüber den GUS-Staaten verändert und den Befürwortern direkter Intervention Auftrieb gegeben.<sup>72</sup> Den angestrebten Sonderstatus für die PMR, die volle GUS-Integration der Republik Moldau und die Erlangung einer dauerhaften militärischen Präsenz dort glaubte man daher in direkten Verhandlungen leichter erreichen zu können.

Trotz der KSZE-Einbeziehung seit Mai/Juni 1993 blieb es daher bei der Blockade der Anfang 1993 von den Konfliktparteien initiierten Verhandlungen. Die beiden Dnjestr-Ufer drifteten weiter auseinander.<sup>73</sup> Während die PMR jegliche vom spätsowjetischen Modell abweichenden ökonomischen und politischen Reformen ablehnte, wurde rechts des Dnjestr der ökonomische und politische Reformprozeß zielstrebig fortgesetzt. Gleichzeitig jedoch distanzieren sich Präsident, Regierung und Parlament in Chişinău weiter von Rumänien. In der Mitte 1992 gebildeten Regierung Sangheli waren keine Volksfrontanhänger mehr vertreten. Ihr gelang es zunehmend, die rechts des Dnjestr lebende russischsprachige Bevölkerung, immerhin 70 Prozent aller Nicht-Moldauer der Republik, in den moldauischen Staat zu integrieren. Im Januar 1993 wurden auch die letzten Volksfrontvertreter im Parlamentspräsidium zum Rücktritt genötigt. Neuer Parlamentsvorsitzender wurde der ehemalige erste Sekretär der KPM und danach moldauischer Botschafter in Rußland, Petru Lucinschi.<sup>74</sup> Diese Veränderungen machten den Weg für direkte Verhandlungen mit der PMR-Führung frei.

Im November 1993 legte die KSZE-Mission einen Vorschlag für einen Sonderstatus (special status) der transnistrischen Gebiete innerhalb der Republik Moldau vor, der auch heute noch die Grundhaltung der Organisation zum Transnistrien-Konflikt darstellt. Der Vorschlag nennt als die drei wichtigsten Kriterien für die Kompetenzverteilung zwischen Chişinău und Transnistrien die Notwendigkeit eines einheitlichen ökonomischen, sozialen und rechtlichen Raumes, das Subsidiaritätsprinzip und die Förderung gegenseitigen Vertrauens. Ausgehend von der Existenz einer „transnistrischen Identität“, definiert der Vorschlag „die Transnistrier“ als eine historisch, geographisch, politisch und sprachlich vom Rest der Bevölkerung der

---

<sup>70</sup> RFE/RL News Briefs: 10-14 May 1993, in: RFE/RL Research Report, Nr. 21, 1993, S. 15.

<sup>71</sup> So der Leiter der PMR-Außenabteilung Lickaj in: Dnestrovskaja pravda, 15.4.1993.

<sup>72</sup> Kaufman/Bowers, Transnational Dimensions of the Transnistrian Conflict, S. 133.

<sup>73</sup> So das selbstkritische Urteil der Mission in CSCE Mission to Moldova, Report No 12, Chişinău, S. 14.

<sup>74</sup> Zu diesen Ereignissen vgl. Vladimir Socor, Moldova's New „Government of National Consensus“, in: RFE/RL Research Report, Nr. 47, 1992, S. 5-10; ders., Moldova: Another Major Setback for Pro-Romanian Forces, in: RFE/RL Research Report, Nr. 9, 1993, S. 15-21.

Republik differenzierte Minderheit und begründet so den vorgeschlagenen Sonderstatus.<sup>75</sup> Bezüglich der Kompetenzverteilung sieht der Entwurf eine Dreiteilung vor. Als ausschließliche Zuständigkeit der moldauischen Zentralregierung werden Staatsbürgerschaft, Staatssymbole, Außenbeziehungen (transnistrisches Recht auf internationale ökonomische und kulturelle Kontakte), Verteidigung (Entmilitarisierung oder integrierte transnistrische Einheiten und Abstimmung von Stationierung und Manövern in Transnistrien), Sicherheitsdienst und Finanzpolitik genannt.<sup>76</sup> Unter die ausschließliche regionale Zuständigkeit sollen hingegen eine regionale Verfassung (Definition der politischen, ökonomischen und rechtlichen Organe und Strukturen), regionale Symbole (neben den Staatssymbolen zu verwenden), Bildung und Kultur fallen. Außerdem soll Transnistrien das Recht auf territoriale Selbstbestimmung für den Fall einer moldauisch-rumänischen Vereinigung erhalten.<sup>77</sup>

Der größte Teil der Kompetenzen soll dem Vorschlag nach gemischt wahrgenommen werden. Dies ist vor allem für folgende Bereiche vorgesehen: Sprache (zentral bestimmte Staatssprache, regional bestimmte zusätzliche offizielle Sprachen; Nicht-Anwendung des Sprachengesetzes von 1989 in Transnistrien), Finanzen (regionaler Haushalt und Haushaltsplanungsrecht, zentrale Steuerbehörde mit regionalem Zweig), Wirtschaft (zentrale Grundlagengesetzgebung und makro-ökonomische Vorgaben, regionale und lokale wirtschaftliche Selbstverwaltung), Polizei (regionale uniformierte Polizei, zentrale Kriminalpolizei) und Justiz (regionales Gerichtswesen mit regionalem Obersten Gericht, Revisionsrecht durch Moldauischen Verfassungsgerichtshof).<sup>78</sup> Ausdrücklich betont wird in dem Entwurf, daß die vorgeschlagenen Regelungen keinen Anspruch auf unbegrenzte Gültigkeit haben müssen, sondern im Laufe des Aussöhnungsprozesses und des gegenseitigen Vertrauensaufbaus einer ständigen gemeinsamen Überprüfung auf ihre weitere Notwendigkeit hin unterzogen werden sollten.

Der Vorschlag beschäftigt sich nicht mit Regelungen für die Repräsentation Transnistriens in zentralen Organen, empfiehlt aber eine „adequate Repräsentation“ in Parlament, Regierung und Regierungsadministration (insbesondere Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitsressorts), Verfassungsgerichtshof und Oberstem Gericht.<sup>79</sup> Zudem werden die Notwendigkeit des Schutzes ethnischer und sprachlicher Minderheiten auch rechts des Dnjestr und die Beschleunigung des Abzugs der russischen 14. Armee betont.

Zwar bezieht sich der Entwurf nur auf die transnistrischen Gebiete, doch empfiehlt er für die Regulierung der Konfliktsituation in Bender (und in den gagausischen Gebieten) die Anwendung ähnlicher Prinzipien. Als Rahmen einer eventuellen Gesamtregulierung schlägt er einen in acht bis zehn Regionen dezentralisierten Gesamtstaat mit Kompetenzübertragung aus dem

---

<sup>75</sup> CSCE Mission to Moldova, Report No 13, Chişinău, 13 November 1993, S. 29ff.

<sup>76</sup> Ebd., S. 35f.

<sup>77</sup> Ebd., S. 37f.

<sup>78</sup> Ebd., S. 38-42.

<sup>79</sup> Ebd., S. 43.

Zentrum vor, in dem Transnistrien, Bender und die gagausischen Gebiete Regionen mit besonderen Rechten darstellen könnten.<sup>80</sup>

Die PMR-Führung lehnte diesen Plan ab. Als Bedingungen für eine Verhandlungslösung nannte sie die volle GUS-Mitgliedschaft der Republik Moldau und deren Verbleib in der Rubelzone.<sup>81</sup> Zudem kritisierte man die Annäherung der Republik Moldau an den Westen, insbesondere die NATO. Die Republik Moldau blieb jedoch weiterhin nur Unterzeichner der wirtschaftlichen, nicht aber der militärischen und politischen GUS-Abmachungen. Im November 1993 wurde eine eigene Währung, der moldauische Leu, eingeführt. Zudem trat die Republik Moldau am 16. März 1994 als erster Nachfolgestaat der Sowjetunion der NATO-"Partnerschaft für den Frieden" bei. Die moldauische Regierung, die bereits der russischen Forderung nach einer Synchronisierung von Truppenabzug und Konfliktregulierung gegenüber aufgeschlossen war, nahm den KSZE-Vorschlag als Basis für die Verhandlungen mit der PMR an. Daß auch die PMR-Führung den Vorschlag im Frühjahr 1994 widerstrebend als Verhandlungsgrundlage akzeptierte, lag vor allem am veränderten Verhältnis der russischen Regierung zur PMR-Führung.

Aufgrund des politischen Wandels der moldauischen Regierung hatte Jelzin schon im April 1993 die Einstellung aller direkten Verbindungen zur PMR angeordnet.<sup>82</sup> Im russischen innenpolitischen Konflikt zwischen reaktionär dominiertem Parlament und reformorientiertem Präsidenten hatte die PMR-Führung die Jelzin-Opposition unterstützt und während des Oktoberputsches 1993 bewaffnete Gruppen zum Schutz des Parlaments entsandt. Obwohl die Jelzin-Administration nach dem Scheitern des Putsches eine Änderung der Politik gegenüber der PMR leugnete, trat in dem immer schon gespannten Verhältnis der demokratischen Führung Rußlands zur PMR-Führung eine Wende ein.<sup>83</sup> Im Februar 1994 akzeptierte Jelzin den KSZE-Plan. Die PMR-Führung – seit Ende 1992 unter Druck einer radikalen, auf vollständige Unabhängigkeit oder gar Anschluß an Rußland drängenden inneren Opposition sowie seit Anfang 1993 wegen ihrer Verstrickungen in mafiose Geschäfte und dann wegen der Unterstützung des Oktoberputsches den Angriffen des Oberkommandierenden der 14. Armee Lebed'’ ausgesetzt – sah sich unter russischem Druck zum Einlenken genötigt. Am 27. April 1994 unterzeichneten Snegur und Smirnow eine Erklärung, in der sie sich zum Gewaltverzicht verpflichteten sowie die sofortige und bedingungslose Aufnahme von Verhandlungen und die Etablierung ökonomischer Beziehungen vereinbarten.<sup>84</sup> Die infolge dieses Abkommens gebildeten Expertengruppen verhandeln mit einigen längeren Unterbrechungen bis heute. Die moldauische Seite hat sich dabei viel kompromißbereiter gezeigt als die PMR.

---

<sup>80</sup> Ebd., S. 44f.

<sup>81</sup> Lamont, *Territorial Dimensions of Ethnic Conflict*, S. 595.

<sup>82</sup> Zur Reaktion der PMR-Radikalen siehe *Trudovoj Tiraspol'*, Nr. 15 (14.-21.4.), 1993, S. 1.

<sup>83</sup> Hausleitner, *Die Moldaurepublik*, S. 350.

<sup>84</sup> CSCE Mission to Moldova, *Documents, Volume II* (November 1993 - April 1994), Anhang 3, S. 91ff.

Die moldauischen Parlamentswahlen vom Februar 1994 brachten den für moldauische Eigenständigkeit eintretenden Parteien einen klaren Wahlsieg, den pro-rumänischen Parteien hingegen eine schwere Niederlage.<sup>85</sup> Eine Volksbefragung im März 1994 ergab eine überwältigende Mehrheit (95 Prozent) für die moldauische Eigenstaatlichkeit. In der Folge ratifizierte das Parlament den Beitrittsbeschluss zur GUS, verschob die im Sprachengesetz vorgesehenen Moldauischprüfungen für Führungskräfte, schaffte die rumänische Nationalhymne wieder ab und nahm eine neue demokratische Verfassung an, die ein besonderes Autonomiestatut für die transnistrischen und gagausischen Gebiete vorsieht.<sup>86</sup> Ende 1994 schließlich gelang eine Kompromißlösung mit den Gagausen, die im Frühjahr 1995 einen Autonomiestatus erhielten.<sup>87</sup>

Im Herbst 1995 legte die moldauische Regierung einen Gesetzentwurf für einen Sonderstatus Transnistriens vor, der sich an das Autonomiestatut für Gagausien anlehnte und viele Aspekte des KSZE (seit Anfang 1995 OSZE)-Vorschlags aufgreift. Den transnistrischen Gebieten wird in diesem Gesetzentwurf der Status einer Autonomen Republik als integraler Bestandteil der Republik Moldau zuerkannt.<sup>88</sup> Per kommunaler Referenden soll die Bevölkerung der einzelnen transnistrischen Orte bestimmen, ob ihr Ort Teil der Autonomen Republik wird. Die so zu gründende Transnistrische Autonome Republik soll ein eigenes Statut, eigene regionale Symbole (neben den Staatssymbolen), eine eigene Gesetzgebende Versammlung, eine eigene Regierung (der Vorsitzende der Regierung ist automatisch Vize-Premierminister der Republik Moldau), eine Regionale Bank als Zweig der Moldauischen Nationalbank, einen Regionalen Gerichtshof (Tiraspol'er Tribunal), einen eigenen Haushalt (aus fixierten Anteilen der Staatseinnahmen), Haushaltsplanungsrecht, eigene Einnahmen und das Recht auf territoriale Selbstbestimmung für den Fall der Aufgabe der Unabhängigkeit der Republik Moldau erhalten. Moldauisch, Ukrainisch und Russisch werden als offizielle Sprachen festgelegt. Unter die ausschließlichen Kompetenzen der Republik Moldau fallen dem Entwurf nach vor allem Verfassungskontrolle, Außenpolitik, Verteidigung, Sicherheitsdienst, Zoll, Staatsbürgerschaft, Eigentums- und Erbrecht, Gerichtswesen, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, bürgerliches, Verwaltungs-, Straf-, Arbeits- und Familienrecht, Finanz-, Steuer-, Kredit- und Bankwesen. In all diesen Bereichen bestehen transnistrische Abteilungen als Unterabteilungen der gesamtstaatlichen Strukturen, die die zentralen Gesetze und

---

<sup>85</sup> Wahlergebnisse bei Anneli Ute Gabanyi, Die Parlamentswahlen in Moldova vom 27.2.1994, in: Südosteuropa, Nr. 8, 1994, S. 453-477.

<sup>86</sup> Zum Wandel in der moldauischen Politik vgl. William Crowther, Ethnic Politics and the Post-Communist Transition in Moldova, in: Nationalities Papers, Nr. 1, 1998, S. 147-164. Einige Autoren führen diesen politischen Wandel auf den enormen politischen und wirtschaftlichen Druck Rußlands zurück. Vgl. Gabanyi, Moldova im Spannungsfeld, S. 11f. Diese Einschätzung ist aber trotz der Existenz eines solchen Drucks zu einseitig. Vielmehr wurden bereits im Laufe der Konflikteskalation zu einem Zeitpunkt, als die russische Führung noch eine Politik der Nichteinmischung verfolgte, massive Unmutsäußerungen im moldauischen Parlament über den Kurs der Regierung laut.

<sup>87</sup> Zum Gesetz über „Gagauz Yeri“ und die gagausische Autonomie siehe Charles King, Gagauz Yeri and the Dilemmas Of Self-Determination, in: Transition, Nr. 19, 1995, S. 21-25; zuletzt Jeff Chinn/Steven D. Roper, Territorial Autonomy in Gagauzia, in: Nationalities Papers, Nr. 1, 1998, S. 87-101.

<sup>88</sup> Gesetzentwurf in Nezavisimaja Moldova, 13.12.1995.

Anordnungen sowie regionale Angelegenheiten durchführen. Die Ernennung und Entlassung der Leiter der regionalen Abteilungen, die automatisch Mitglieder im Führungsstab der jeweiligen zentralen Ministerien sind, werden auf Vorschlag (Kommandeur der in Transnistrien stationierten Truppen sowie transnistrische Richter mit Zustimmung) der transnistrischen Organe vorgenommen. Den Chef der Regionalen Bank (gleichzeitig Vize-Chef der Nationalbank) ernennt und entläßt die Gesetzgebende Versammlung Transnistriens selbst. Der Vorsitzende Richter des Tiraspol'er Tribunals soll automatisch Mitglied des Obersten Gerichtshofs der Republik Moldau sein.

Die Kompetenzen der Autonomen Republik liegen dem Gesetzentwurf nach in der selbständigen Entscheidung aller Fragen der politischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Entwicklung der ihr beitretenden transnistrischen Gebiete. Genannt werden vor allem die Annahme des transnistrischen Statuts, die Ansetzung der Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung, die Organisation der regionalen und kommunalen Organe und Behörden, die Durchführung regionaler und kommunaler Referenden, die innere administrativ-territoriale Gliederung, die Bestimmung von Richtung und Struktur der regionalen ökonomischen Entwicklung, das regionale Haushalts-, Finanz- und Steuerwesen, regionale Abgaben, öffentliche Sicherheit und Ordnung, uniformierte Polizei, Industrie, Bau, Land- und Forstwirtschaft, unternehmerische Tätigkeit, Gesundheitsversorgung, Sozialwesen, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Umweltschutz, kommunales Wohnungswesen, Beschäftigungswesen, regionales Fernsehen und Radio, Kommunikationswesen u.a. Darüber hinaus soll die Autonome Republik in allen Transnistrien betreffenden Fragen an der moldauischen Außenpolitik beteiligt werden und eigene internationale Kontakte im ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Bereich unterhalten dürfen. Die transnistrische Gesetzgebende Versammlung soll zudem über Gesetzesinitiative im moldauischen Parlament verfügen.

Der moldauische Gesetzentwurf bleibt nur knapp unter den Regulierungsvorschlägen der OSZE und birgt viele Ansätze für eine Konfliktlösung. Er bringt jedoch gleichzeitig deutlich die von moldauischer Seite betonte Ablehnung einer Föderalisierung des Gesamtstaates zum Ausdruck. Die PMR-Führung, die die gagausische Autonomie nicht als Modell für eine Konfliktlösung zwischen Chişinău und Tiraspol ansieht, lehnte den moldauischen Entwurf ab.<sup>89</sup> Die russische Regierung nahm im Verhandlungsverlauf eine nicht eindeutige Haltung ein. Im Oktober 1994 unterzeichneten Jelzin und Snegur ein Abkommen, das den Abzug der 14. Armee innerhalb von drei Jahren vorsah. Die rot-braun dominierte Duma ratifizierte den Vertrag jedoch nicht, sondern forderte die russische Regierung auf, die PMR zu einer Zone besonderer strategischer Interessen Rußlands zu erklären.<sup>90</sup> Im November 1995 unterstützten dann sogar die demokratischen Abgeordneten einen ohne Gegenstimmen angenommenen Duma-Beschluß, der die Anerkennung der PMR als unabhängigen souveränen Staat fordert.<sup>91</sup>

---

<sup>89</sup> Vgl. den Kommentar „Ach, kak slavno! Nam razrešajut dyšat“, in: Pridnestrov'e, 11.1.1996.

<sup>90</sup> Beschluß veröffentlicht in: Dnestrovskaja pravda, 25.11.1995.

<sup>91</sup> Veröffentlicht in: Pridnestrov'e, 28.11.1995.

Offiziell betrachtet die russische Regierung den Abzugsvertrag wegen der fehlenden Ratifizierung als noch nicht rechtswirksam. Immerhin verringerte man aber die Truppenstärke der 14. Armee und transportierte im Herbst 1997 Teile des Materials der Armee gegen den Protest der PMR-Führung ab. Außerdem begann man mit der Vernichtung alter, nicht transportabler Munition. Ende 1997 war die inzwischen in „Operativgruppe“ umbenannte Truppe noch etwa 2.500 bis 3.000 Mann stark.<sup>92</sup> Zwar gab die russische Regierung ihr Ziel einer ständigen Militärpräsenz in der Moldau nicht auf und forderte im Rahmen der trilateralen Überwachung der Sicherheitszone die Umwandlung der 14. Armee in Friedenstruppen. Zudem gestattet man gemeinsam mit der PMR der OSZE bisher nicht, voll in der Gemeinsamen Kontrollkommission mitzuarbeiten und duldet die Präsenz des PMR-Militärs in der Sicherheitszone. Gleichzeitig betont die russische Regierung aber immer wieder formal die territoriale Integrität der Republik Moldau und übt nicht nur auf die moldauische Regierung, sondern auch auf die PMR-Führung erheblichen Druck zur Erreichung eines Abkommens aus.

Nur durch russischen Druck kam es am 8. Mai 1997 in Moskau zur Unterzeichnung eines seit 1996 heftig umstrittenen „Memorandums über die Grundlagen für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Republik Moldau und Pridnestrov’e“. Sowohl Snegur als auch sein Ende 1996 gewählter Amtsnachfolger Lucinschi hatten sich geweigert, die erste im Juni 1996 paraphierte Fassung des Memorandums, die durch zu große Kompromißbereitschaft der moldauischen Seite die Formulierung "staatsrechtliche Beziehungen" enthielt, zu unterschreiben. Die PMR-Führung, die sich weigerte, Ergänzungen in das Memorandum aufzunehmen, konnte vom russischen Außenminister Primakow zum Einlenken bewegt werden. In seinem elften zuletzt eingefügten Artikel sieht das Memorandum die Bildung eines "gemeinsamen Staates" vor.<sup>93</sup> Eine auf Drängen Lucinschis gleichzeitig abgegebene "Gemeinsame Erklärung" der Präsidenten der Rußländischen Föderation und der inzwischen als Vermittler hinzugezogenen Ukraine bestätigte zudem, daß Transnistrien ein integraler Teil der Republik Moldau bleibe.<sup>94</sup>

Die moldauische Regierung und die PMR-Führung interpretieren die Formulierung "gemeinsamer Staat" jedoch unterschiedlich. Während die moldauische Seite sie als die Anerkennung der territorialen Integrität des Landes durch die PMR-Führung sieht, hält letztere sie für die Bestätigung ihrer Konföderationskonzeption. Für die weiteren Verhandlungen sieht die PMR-Führung weiter ihre Position vom Januar 1993 als Ausgangspunkt.<sup>95</sup> Sie hält die "Gemeinsame Erklärung" für irrelevant, da sie nicht mitunterzeichnende Partei war.<sup>96</sup>

---

<sup>92</sup> Troebst, Der Transnistrien-Konflikt, S. 47. Allerdings ist nicht klar, wieviele Soldaten wirklich abgezogen wurden, oder aber einfach in die Armee der PMR überwechselten.

<sup>93</sup> Texte des Memorandums in Moldavskij Gosudarstvennij Universitet, Laboratorija Konfliktologii et al. (Hg.): Ot étnopolitičeskogo konflikta k mežnacional'nomu soglasiju v Moldove. Materialy naučno-praktičeskogo seminara (Flensburg, Germanija i B'erremark, Danija; 12-17 sentjabrja 1997), S. 88-93.

<sup>94</sup> Text ebd., S. 93f.

<sup>95</sup> Gottfried Hanne, Playing Two Different Tunes, as Usual, in Moldova, in: Transitions, Nr. 7, 1997, S. 70f.

<sup>96</sup> Troebst, Der Transnistrien-Konflikt, S. 43.



Angesichts der Interpretationsunterschiede und des innenpolitischen Drucks der radikalen Opposition auf die PMR-Führung brach diese im Oktober 1997 erstmals die Gespräche mit der moldauischen Regierung ab und sagte auch ein Treffen mit den Staatsechfs der GUS ab. Der moldauische Parlamentswahlkampf brachte den Verhandlungsgang dann ganz zum Erliegen. Als die moldauische Regierung im Februar 1998 die Erhebung von Zöllen auf transnistrische Waren anordnete, kam es zu einer weiteren Verhärtung der Beziehungen. Auf einem ukrainisch-russisch-moldauisch-transnistrischen Treffen in Odessa am 20. März 1998 konnte immerhin die schon länger währende Blockade der Gemeinsamen Kontrollkommission durch die PMR-Führung beendet werden. Außerdem wurde ein Übereinkommen über vertrauensbildende Maßnahmen unterzeichnet. Es sieht die Reduzierung der moldauischen und transnistrischen Kontingente der trilateralen Friedenstruppe, der Kontrollpunkte und Friedenstruppenposten sowie der von PMR-Seite errichteten "Grenzposten" vor. Außerdem bestimmt es die Wiedereröffnung zweier Autobrücken über den Dnjestr und die Zusammenarbeit beim Abzug russischer Kriegstechnik und Munition aus Transnistrien sowie bei der Bekämpfung des illegalen Drogen- und Waffenhandels und bei einigen ökonomischen Fragen. Das Übereinkommen sieht zudem den Einsatz ukrainischer Beobachter und später von Friedenstruppen in der Sicherheitszone vor.<sup>97</sup>

Die Ergebnisse der moldauischen Parlamentswahlen vom 22. März gaben jedoch der PMR-Führung neue Vorwände zur Behinderung der Verhandlungen. Die neue Mitte-Rechts-Koalition aus Lucinschi-Unterstützern und pro-rumänischen Parteien bezieht erstmals seit 1992 wieder Volksfrontpolitiker in die Regierungsarbeit ein. Die Koalition bedeutet zwar für die Republik Moldau gute Chancen für eine Wiederankurbelung des erlahmten wirtschaftlichen Reformprozesses. Selbst die Volksfront akzeptierte zudem nach den Wahlen die Idee territorialer Autonomie für Transnistrien. Die nationalen Minderheiten reagierten jedoch mit Befremden auf den Einzug der Volksfrontler in die Regierung.<sup>98</sup> Im Juni 1998 ließ der Leiter des PMR-Außenamtes Lickaj verlauten, daß die Verhandlungen künftig noch schwieriger würden. Angesichts der Berufung einiger junger, reformfreudiger Minister in die neue Regierung, müsse die PMR auf die Anerkennung ihrer Staatlichkeit bestehen, um vor den "Experimenten" dieser "Kamikaze-Reformer" geschützt zu werden.<sup>99</sup>

Die Beschlüsse von Odessa konnten dementsprechend bisher nicht umgesetzt werden. Zum wiederholten Mal hatte Smirnow unter russischem Druck ein Abkommen unterschrieben, das für die "PMR" ungünstig zu sein schien und daher unter Vorbringung beliebiger Vorwände einfach nicht umgesetzt wurde. Zwar einigte man sich in der Gemeinsamen Kontrollkommission auf die Reduzierung der moldauischen und transnistrischen Friedenstruppenkontingente auf jeweils 500 Mann.<sup>100</sup> Außerdem trafen sich Lucinschi und Smirnow am 21. Juli 1998, um

---

<sup>97</sup> Text in Pridnestrov'e, 24.3.1998.

<sup>98</sup> Klemens Büscher, Die neue Regierung der Moldovarepublik. Reformperspektiven nach den Parlamentswahlen, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 23, 1998, S. 3ff.

<sup>99</sup> BASA-Press, 19.6.1998.

<sup>100</sup> BASA-Press, 1.7.1998.

ihren Willen zur Fortsetzung der Verhandlungen zu bekräftigen. Nachdem sich vor, während und nach den moldauischen Parlamentswahlen niemand in Chişinău mit den Verhandlungen zu beschäftigen schien, hat Präsident Lucinschi inzwischen den neuen Leiter der moldauischen Verhandlungsdelegation berufen.<sup>101</sup> Die Aussichten, nach dieser wiederholten mehrmonatigen Verhandlungspause in nächster Zeit zu einem konstruktiven Dialog zu kommen, scheinen dennoch nicht günstig.

### **Perspektiven der Konfliktregulierung**

Die Bilanz von fünfeinhalb Jahren Verhandlungen zwischen Chişinău und Tiraspol', davon über vier Jahre unter Vermittlung der KSZE/OSZE, fällt zwiespältig aus.<sup>102</sup> Ein Wiederaufblühen der bewaffneten Auseinandersetzungen konnte ebenso verhindert werden, wie eine anfangs durchaus mögliche Eskalation des Konflikts auf benachbarte Regionen. Darüber hinaus aber konnten Fortschritte fast ausschließlich auf moldauischer Seite erreicht werden. So hat sich deren Verhandlungsposition mit dem Vorschlag einer Autonomen Republik sehr stark denen der OSZE angenähert, während Tiraspol' bei seiner Konföderationsforderung geblieben ist. Auch die Initiativen von OSZE und NGO's (Non-Governmental Organizations) zu Gesprächen auf gesellschaftlicher Ebene ("Runde Tische") wurden in erster Linie von moldauischer Seite genutzt, während die PMR-Führung diese mit Mißtrauen betrachtet, offenbar in der Angst, durch diese Art der Vertrauensbildung auf gesellschaftlicher Ebene mit ihrer kompromißlosen Haltung unter Druck zu geraten. Die Verbesserung der Menschenrechtssituation blieb mit der Liberalisierung der Sprachengesetzregelungen, der Autonomieregelung für die Gagausen und der Ratifizierung der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarates (November 1996) ebenfalls auf das rechte Dnjestr-Ufer beschränkt. In der PMR hingegen werden die grundlegenden Menschenrechte bis heute massiv verletzt. Der OSZE ist es wegen der Pressezensur in der PMR bisher auch nicht wie erhofft gelungen, deren Bevölkerung über ihre Arbeit zu informieren.<sup>103</sup> Im militärischen Bereich schließlich blieben Fortschritte lange aus. Erst Ende 1997 konnten mit der erwähnten Reduzierung der "Operativgruppe" auf 2.500 Mann, dem Abtransport von Material und dem Beginn der Vernichtung nichttransportabler Munition erste kleine Erfolge erzielt werden. Diese Erfolge sind jedoch nicht grundsätzlicher Art, so daß der Vorsitzende des Ständigen Rats der OSZE im Juli 1998 ernüchternd feststellte, daß es bisher keinen wirklichen Fortschritt beim Abzug der russischen Truppen gegeben habe.<sup>104</sup> Bis heute stellt

---

<sup>101</sup> BASA-Press, 22.7.1998.

<sup>102</sup> Zur aktuellen Bilanz der Tätigkeit der OSZE in der Republik Moldau siehe ausführlicher Stefan Troebst, *Der Transnistrienkonflikt und seine Bearbeitung durch die OSZE*, in: *Afrikanische Perspektiven: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung in Osteuropa*. Hg.: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung et al, (Friedensbericht 1998), (Dialog, Nr. 1/2, 1998), Zürich 1998, S. 347-379; außerdem grundlegend Klemens Büscher, *Möglichkeiten und Grenzen des OSZE-Konfliktmanagements in Moldova*, in: *Ethnos – Nation*, Nr. 2, 1995, S. 71-85; Rolf Welberts, *Der Einsatz der OSZE in der Republik Moldau*, in: *OSZE-Jahrbuch 1995*, Baden-Baden 1995, S. 193-210.

<sup>103</sup> Troebst, *Der Transnistrienkonflikt und seine Bearbeitung*, S. 48.

<sup>104</sup> PC Journal, Nr. 176, 9 July 1998, Annex 1, S. 1.

die Präsenz der "Operativgruppe" für die PMR militärisch, politisch und symbolisch eine Bestandsgarantie dar.

Betrachtet man den bisherigen Konflikt- und Verhandlungsverlauf, so ist offensichtlich, daß die PMR-Führung unter "Präsident" Smirnow an einer Kompromißlösung mit Chişinău nicht interessiert ist.<sup>105</sup> Die PMR-Verfassung von 1995 konstituiert die PMR als unabhängigen Staat, ohne daß die Republik Moldau auch nur erwähnt wird.<sup>106</sup> Die in der Verfassung festgeschriebene demokratische Form und Rechtsstaatlichkeit der PMR entpuppt sich jedoch als purer Hohn. Seit dem Waffenstillstand von 1992 hat die PMR-Führung ein autoritäres Regime etabliert, das sich auf einen ausgedehnten Sicherheitsapparat stützt, dessen Kern eine nach dem Moskauer August-Putsch 1991 aus dem Baltikum geflüchtete OMON-Einheit unter dem in Riga wegen mehrfachen Mordes angeklagten OMON-Offizier, Polit-Kriminellen und "Sicherheitsminister" Schewzow bildet. Wesentliche Instrumente der inneren Regimestabilisierung sind zum einen die Einschüchterung jeglicher politischer Opposition und zum zweiten die Kontrolle der Medien, die nach der Abberufung Lebed's als Oberkommandierenden der 14. Armee im Sommer 1995 vervollkommen werden konnte. Zum dritten aber bemüht sich die PMR-Führung intensiv um die Aufrechterhaltung der Festungs- und Belagerungsmentalität der Bevölkerung durch die Pflege eines ausgeprägten, an sowjetische Traditionen anknüpfenden Kriegs- und Heldenkults für die 1991-1992 gefallenen "Verteidiger" der PMR und die Wachhaltung der Kriegserinnerungen in Medien und Gedenkveranstaltungen sowie durch die Aufrechterhaltung der Hoffnung auf die Anerkennung der PMR, die Bildung eines russisch dominierten, slawischen Großreichs, zu dem Transnistrien als "uralte russische Erde" gehöre<sup>107</sup> oder gar die Wiedererrichtung der Sowjetunion.<sup>108</sup> Die PMR-Führung versucht dabei, internalisierte sowjetische Werte bei der Bevölkerung, insbesondere den Veteranen und Pensionären, wachzuhalten und diese unter Anknüpfung an die kurze Geschichte der MASSR in ein spezifisches transnistrisches Gemeinschaftsgefühl im Sinn eines multinationalen Volks der PMR<sup>109</sup> umzuformen.<sup>110</sup>

Angesichts des politischen Wandels rechts des Dnjestr und der inneren Entwicklung der PMR befindet sich diese diffuse – nach den bewaffneten Auseinandersetzungen von 1992 kurzfristig virulente – transnistrische Identität im Zerfall. Dies gilt insbesondere für die

---

<sup>105</sup> Diese Einschätzung teilen auch Klemens Büscher/Valeriu Moşneaga, Die Moldaurepublik vor dem Neubeginn? Parlamentswahlen und Regierungsbildung im siebten Jahr der Unabhängigkeit, Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Kiew, Aktuelle Studien 2, Mai 1998, S. 25.

<sup>106</sup> Konstitucija Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki, Tiraspol 1996, S. 3.

<sup>107</sup> So etwa Smirnow in seiner Rede vor der russischen Duma im September 1995, u.a. in: Dnestrovskaja pravda, 23.9.1995.

<sup>108</sup> Zum autoritären Regime und den Instrumenten seiner Machterhaltung grundlegend Büscher, Separatismus in Transnistrien, passim; ders., Die „Transnistrische Moldaurepublik“ in der Sackgasse, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 26, 1996.

<sup>109</sup> So die Verfassung der PMR in ihrer Präambel. Konstitucija Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki, Tiraspol 1996, S. 3.

<sup>110</sup> Zu den Grundcharakteristika der Sezessionsbewegung und der Identitätsbildung durch die PMR-Führung Büscher, Die "Staatlichkeit" Transnistriens, S. 16-21 und 25.

transnistrischen Moldauer. Nur zu offensichtlich ist etwa die in der Verfassung festgelegte gleichberechtigte Dreisprachigkeit (Moldauisch, Russisch und Ukrainisch) bloßer Schein. Russisch ist praktisch die allein dominierende Sprache. Moldauer sind zudem in den politischen Strukturen der PMR deutlich unterrepräsentiert. Trotz ihres in Hinblick auf die Berufschancen ihrer Kinder mehrheitlichen Willens wird der transnistrisch-moldauischen Bevölkerung außerdem durch das PMR-Sprachengesetz nicht gestattet, zur lateinischen Schrift überzugehen. Gezwungenermaßen müssen moldauische Schulkinder, mit Ausnahme von sieben, von Chişinău finanzierten Schulen, ihre Sprache weiter in der Kyrilliza lernen, in der es nur noch alte sowjetische Schulbücher gibt; sie werden damit ihrer Zukunftschancen beraubt. Kritik und Forderungen der moldauischen Bevölkerung nach Gewährung des Rechts, die Unterrichtssprache ihrer Kinder frei zu wählen, werden mit Schikanen, Einschüchterungen oder barschen Attacken auf "rumänische Nationalisten" beantwortet.<sup>111</sup> Diese Verletzung ihrer Rechte trägt zu großem, wenn auch weitgehend unpolitischem Unmut unter den transnistrischen Moldauern bei.

Zum speziellen Unmut der moldauischen Bevölkerung kommt der allgemeine Unmut über die katastrophale wirtschaftliche Lage. Waren die günstigen wirtschaftlichen Aussichten ursprünglich ein Argument für die Lebensfähigkeit der PMR, so befindet sich ihre Wirtschaft wegen der Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen sowie fehlender grundlegender, über die spätsowjetischen (u.a. Aktiengesellschaften mit 100 Prozent Staatseigentum) hinausgehender Reformen seit 1994 in freiem Fall. Der eingeführte transnistrische Kupon-Rubel mußte im März 1998 einen Wechselkursverfall von 650.000 : 1 auf 2.000.000 : 1 gegenüber dem US-Dollar hinnehmen. Große Teile der Bevölkerung leben in noch größerer Armut als ihre Mitbürger rechts des Dnjestr.<sup>112</sup> Zehntausende Einwohner haben inzwischen die PMR verlassen.<sup>113</sup> Gleichzeitig verdient sich die korrupte Führungselite der PMR bei Schiebergeschäften mit Waffen, Drogen und Spirituosen Millionen US-Dollar.

Während eine pro-moldauische Opposition in keiner Weise geduldet wird, akzeptiert die PMR-Führung seit 1992 eine radikale pro-russische, ultrakommunistische Opposition, die eine konföderationslose Unabhängigkeit der PMR oder deren Anschluß an Rußland und die Wiederverstaatlichung aller Produktionsmittel fordert. Gegen den wachsenden Einfluß dieser Radikalen in einigen Rajons und Städten etablierte die Smirnow-Führung Ende 1994 ein System der Staatsadministration, das die Rajon- und Stadtsowjets und deren Exekutivkomitees durch Vertreter, die vom Präsidenten direkt ernannt werden, kontrolliert.<sup>114</sup>

---

<sup>111</sup> Ende Juni 1998 wurde die von Chişinău finanzierte Schule Nr. 20 in Tiraspol' geschlossen, weil sie angeblich keine Miete gezahlt habe, außerdem keine Lizenz besäße und die PMR-Gesetze nicht beachte. BASA-Press, 20.7.1998.

<sup>112</sup> Vgl. etwa Dan Ionescu, Life in the Dniester 'Black Hole', in: Transition, Nr. 20, 1996, S. 12-14.

<sup>113</sup> Die Bevölkerungszahl sank von 1993 bis Anfang 1997 von 717.400 auf 657.000, wovon angesichts der Rückkehr der großen Mehrheit der Flüchtlinge von 1992 die riesige Mehrheit aus wirtschaftlichen und politischen Motiven abgewandert sein dürfte. Diese wahrscheinlich noch sehr geschönten Zahlen entstammen dem Atlas Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki, Tiraspol' 1996, S. 14 sowie den vom Autor im Goskomstat der „PMR“ ermittelten Zahlen.

<sup>114</sup> Trudovoj Tiraspol', Nr. 45 (23.-30.11.), 1994, S. 1.

Reformorientierter als die PMR-Führung sind hingegen einige Betriebsdirektoren, die gemeinsam mit einigen gemäßigten Politikern, wie dem Vorsitzenden des Obersten Sowjet Marakuța trotz Loyalitätsbekundungen zu Smirnow auf eine Klärung der Statusfrage mit Chișinău drängen, um die Wirtschaft wieder auf eine feste Grundlage zu stellen.<sup>115</sup>

Opposition – zumindest auf ökonomischer Ebene – kommt auch immer wieder aus Rîbnița, wo die Einführung des moldauischen Leu und seit dem Mai 1996 sogar die Einrichtung einer freien Wirtschaftszone für die Stadt und den Rajon Rîbnița gefordert werden.<sup>116</sup> Zumindest in wirtschaftlichen Fragen wird hier eine "Weg-von-Tiraspol"-Bewegung sichtbar, die die starre Haltung der PMR-Führung und der Betonköpfe in Tiraspol und Bender kritisiert. Nach langen Auseinandersetzungen machte Smirnow schließlich im Juni 1998 die Einführung freier Wirtschaftszonen in der PMR möglich.<sup>117</sup> Ob diese Tendenzen Anzeichen einer sich entwickelnden politischen Opposition gegen Tiraspol sind, ist derzeit nicht zu beurteilen, wie überhaupt angesichts fehlender freier Berichterstattung und der weitgehenden Politikverdrossenheit der Bevölkerung die wirkliche Unterstützung für die PMR in der Bevölkerung kaum abzuschätzen ist. In jedem Fall scheint sie trotz der normativen Kraft der faktischen Existenz der PMR wohl im Zerfall begriffen. Selbst von Russen und Ukrainern in Tiraspol und Bender hört der aufmerksame Beobachter zunehmend Stimmen, die die Legitimität der PMR in ihren Grundfesten erschüttern. Bisher jedoch sind kompromiß-, reform- und demokratieorientierte Kräfte in der PMR zu schwach und in ihrer Handlungsfähigkeit zu eingeschränkt, um den politischen Kurs der "PMR"-Führung wirksam beeinflussen zu können.

Diese nur scheindemokratisch legitimierte Führungsgruppe "als spätsowjetisches Treibgut in Tiraspol gestrandeter Politprofiteure"<sup>118</sup> hat die PMR weiterhin fest im Griff. Mit der andauernden Behauptung einer militärischen Bedrohung durch Chișinău wird die fortgesetzte Militarisierung des öffentlichen Lebens und das eigene autoritäre Regime legitimiert. Dabei ist die Smirnow-Clique bei der Begründung für die Notwendigkeit einer Eigenständigkeit der PMR flexibel. Neben der angeblichen militärischen Bedrohung werden immer noch – und nach der Einbeziehung der pro-rumänischen Parteien in die neue Regierung im Mai 1998 wieder verstärkt – die vermeintliche Rumänisierung, ebenso aber auch die wirtschaftliche Krise der Republik Moldau, als Begründung angeführt. Angesichts der politischen Entwicklung rechts des Dnjestr und der wirtschaftlichen Entwicklung der PMR sind diese Begründungen geradezu absurd, belegen aber die offensichtliche Beliebigkeit der Argumente der PMR-Führung. Von der realen innermoldauischen Entwicklung und den realen Interessen der russischsprachigen Bevölkerung ist ihre Haltung vollständig unabhängig geworden. Vielmehr geht es der korrupten Führungsgruppe schon lange nur noch darum, zur eigenen materiellen Gewinnmaximierung den Status quo so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Die PMR ist zu einem Zu-

---

<sup>115</sup> Vgl. etwa die Wahlplattform der "Bewegung für die Entwicklung Pridnestrov'es" zur Wahl des Obersten Sowjet der PMR im Dezember 1995, in: Dnestrovskaja pravda, 28.11.1995.

<sup>116</sup> Dnestrovskaja pravda, 19.3.1996; Novosti (Rîbnița), 29.5.1996.

<sup>117</sup> BASA-Press, 12.6.1998.

<sup>118</sup> Troebst, Der Transnistrienkonflikt und seine Bearbeitung, S. 378.

fluchtsort für Politikriminelle jeglicher Couleur und einem Umschlagplatz für Schieberwaren der mafiosen Strukturen der gesamten GUS geworden.<sup>119</sup> Von der Verteidigung legitimer Interessen der russischsprachigen Bevölkerung, wie sie in den Anfängen der Autonomiebewegung noch eine gewisse Rolle spielten, kann keine Rede mehr sein.

Um bei der Aufrechterhaltung ihrer Macht nicht vollständig von der russischen Regierung abhängig zu sein, hat die PMR-Führung inzwischen feste wirtschaftliche Beziehungen mit verschiedenen, zumeist reaktionär geführten russischen, ukrainischen und belorussischen Regionen und Städten aufgenommen.<sup>120</sup> Mit diesen Regionen und Städten existiert auch ein relativ reger Kaderaustausch.<sup>121</sup> Gleichzeitig bereiten sich jedoch offensichtlich viele Mitglieder der Führungsgruppe auf die Möglichkeit vor, die PMR aus welchen Motiven auch immer zu verlassen. Mit den in der PMR zusammengerafften Dollarvermögen haben sich nicht nur Smirnow und Marakuta in Rußland herrschaftliche Villen errichtet.<sup>122</sup> Trotz ihrer momentan scheinbar ungefährdeten Machtposition ist sich die PMR-Führung immer bewußt, daß die Erfolgsaussichten für die Aufrechterhaltung des Status quo letztlich doch allein von internationaler Unterstützung, d.h. von der Haltung Rußlands abhängen.

Die Haltung der russischen Regierung bleibt aber weiterhin zweideutig. Am Beispiel der PMR wird das grundlegende Dilemma der russischen Außenpolitik deutlich. Auf der einen Seite beansprucht die russische politische Elite in einem "patriotischen Konsens"<sup>123</sup> aller politischen Richtungen weiterhin eine Großmachtrolle in der internationalen Politik. Auf der anderen Seite aber ist Rußland wirtschaftlich und militärisch in keiner Weise in der Lage und international zu isoliert, um diese Großmachtrolle wirklich zu übernehmen.<sup>124</sup> Die russische Führung scheint daher zunehmend bereit zu sein, die ökonomische (und militärische) Schwäche und die internationale Isolierung durch eine kooperative Außenpolitik zu kompensieren, was etwa in der Unterzeichnung der "Grundakte" mit der NATO (Mai 1997) oder den Bemühungen um die Normalisierung der Beziehungen zu den GUS-Nachbarn (Grundlagenvertrag mit der Ukraine Mai 1997) zum Ausdruck kommt.<sup>125</sup> Die trotz fehlender Ratifizierung des Truppenabzugsabkommens mit der Republik Moldau seit der zweiten Hälfte 1997 zu beobachtenden kleinen Zugeständnisse beim Truppenabzug müssen ebenso wie der teilweise erhebliche Druck auf die PMR-Führung, wie er etwa bei der Unterzeichnung des Memorandums im Mai 1997 sichtbar wurde, in diesem Zusammenhang gesehen werden.

---

<sup>119</sup> Kaufman/Bowers, *Transnational Dimensions*, S. 136.

<sup>120</sup> Pridnestrov'e, 16.11.1995.

<sup>121</sup> Eine große Zahl von leitenden Verwaltungspositionen der PMR-Administration ist mit Funktionären besetzt, die erst nach 1992 zur Übernahme bestimmter Ämter in die PMR gekommen sind.

<sup>122</sup> Davon berichteten dem Autor mehrere Einwohner des Ortes Slobozia, die in Rußland als Billiglohnarbeiter am Hausbau von Mitgliedern der "PMR"-Führung beteiligt waren.

<sup>123</sup> Vgl. hierzu Gerhard Simon, *Der patriotische Konsens*, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 11, 1997.

<sup>124</sup> Hans-Henning Schröder, "...it's good for America, it's good for Europe, and it's good for Russia...". Rußland und die NATO nach der Unterzeichnung der "Grundakte", in: *Osteuropa*, Nr. 5, 1998, S. 442.

<sup>125</sup> So Andreas Wenger/Jeronim Perovic, *Rußlands Sicherheitspolitik vor der Neubestimmung? Die Herausforderung der NATO-Osterweiterung*, in: *Osteuropa*, Nr. 5, 1998, S. 461, 465.

Gleichzeitig ist die russische Führung aber auch bemüht, auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (GUS) einen wirtschaftlich, politisch und militärisch integrierten Raum zu bilden, um ihre eigenen wirtschaftlichen, politischen sowie sicherheits- und verteidigungsmäßigen Interessen zu wahren und – zumindest eigenen Lippenbekenntnissen nach – die Russen und russischsprachigen Minderheiten im Raum der ehemaligen Sowjetunion zu schützen. Hiermit soll gleichzeitig auch die Fähigkeit Rußlands, diesen Raum integrieren und kontrollieren zu können, und damit Rußlands Bedeutung in der internationalen Politik als Stabilisator dieser Region unter Beweis gestellt werden.<sup>126</sup> Die Bindung des Truppenabzugs an eine abschließende Konfliktregulierung sowie das Drängen auf eine ständige russische Militärpräsenz in der Republik Moldau ist hieraus zu erklären. Da die moldauische Führung im Gegensatz zu Armenien und Georgien jedoch weiter diesen russischen Wünschen widersteht, ist in der russischen Führung auch weiterhin nicht der politische Wille vorhanden, den baldigen und vollständigen Abzug der "Operativgruppe" zu erwägen. Dies wiederum stärkt die Position der "PMR", ermöglicht deren Führung eine kompromißlose Haltung und Rußland im Gegenzug die weitere Verzögerung des Truppenabzugs mit dem Hinweis auf die noch nicht zustandegekommene Konfliktregulierung.

Der Abzug der "Operativgruppe" wäre zudem für die russische Regierung zur Zeit wegen seiner symbolischen Bedeutung auch innenpolitisch kaum zu vertreten. Gerade der Transnistrien-Konflikt wird von den die Duma dominierenden reaktionären kommunistischen und nationalistischen Kräften weiter als Prüfstein für die Durchsetzung russischer strategischer Interessen und Schutzansprüche gegenüber den Russen und russischsprachigen Minderheiten im "nahen Ausland" gesehen. Ihre Vorstellungen von einem integrierten, russisch kontrollierten Raum laufen weiter auf die Errichtung eines russischen Reiches oder die Wiedererrichtung der Sowjetunion hinaus, deren Teil die PMR sein soll. Solange die innerrussische Diskussion über die zukünftige Rolle Rußlands in der internationalen Politik und über seine nationalen Interessen nicht zugunsten einer pragmatischen Definition entschieden ist, werden reaktionäre Kräfte ihre Wiedererrichtungshoffnungen nicht aufgeben und wird es der PMR-Führung immer wieder gelingen, die "transnistrische Lobby"<sup>127</sup> in Rußland für die weitere Offenhaltung des Konflikts und gegen eine dauerhafte Regulierung im Sinne einer Autonomieregelung zu mobilisieren.<sup>128</sup>

## **Ausblick**

Geht man von den Konfliktlösungsvorstellungen aller am "Transnistrien-Konflikt" und seiner Regulierung beteiligter Akteure aus, so gibt es theoretisch vier Modelle einer abschließenden Regulierung: die Rückkehr der PMR unter die Jurisdiktion der Republik Moldau ohne jeg-

---

<sup>126</sup> Ebd., S. 459, 462.

<sup>127</sup> Klemens Büscher, Separatismus in Transnistrien. Die PMR zwischen Rußland und Moldova, in: Osteuropa, Nr. 9, 1996, S. 874.

<sup>128</sup> Vgl. hierzu auch Troebst, Der Transnistrienkonflikt und seine Bearbeitung, S. 378.

lichen Sonderstatus, die völkerrechtlich sanktionierte Sezession der PMR, den Anschluß der PMR an die Rußland und eine Autonomieregelung innerhalb der Republik Moldau. Eine Reintegration der PMR in die Republik Moldau ohne jeglichen Sonderstatus ist angesichts der heutigen moldauischen, transnistrischen, russischen und internationalen Verhandlungspositionen zumindest mittelfristig ausgeschlossen. Die völkerrechtlich sanktionierte Sezession der PMR ist angesichts der internationalen politischen Lage und der langfristigen innen- und außenpolitischen Interessen Rußlands ebenfalls so gut wie ausgeschlossen. Wie die OSZE insgesamt, kann auch Rußland eine solche Sezession der PMR schon wegen ihrer möglichen Rolle als Präzedenzfall für die vorhandenen Sezessionsbestrebungen innerhalb des eigenen Staates nicht wollen. Zudem würde diese ja nur mit russischer Unterstützung mögliche Sezession Rußland außenpolitisch völlig isolieren. Ein Anschluß der PMR an Rußland ist über die Folge der internationalen Isolierung Rußlands hinaus auch wegen der Interessen der PMR-Führungsclique unrealistisch. Diese sind aufs engste mit der Aufrechterhaltung des autoritären, mit der russischen Verfassung nicht vereinbaren Regimes verknüpft, das ihnen die weitere materielle und statusmäßige Verwertung ihrer politischen Macht erlaubt. Nur ein ebenso autoritär verfaßter russischer oder wiedererrichteter sowjetischer Staat könnte auf die PMR-Führung entsprechende Sogkraft ausüben.

Langfristig bleibt daher nur eine Autonomieregelung für die PMR innerhalb der Republik Moldau als dauerhafte und wirksame Konfliktregulierung übrig. Angesichts der beschriebenen politischen Situation in der PMR und in Rußland sind die Chancen auf eine baldige Regulierung in diesem Sinne jedoch nur gering. Sowohl für die Dnjestr-Separatisten als auch für die russische Führung ist die Nicht-Regulierung und damit Offenhaltung des Konflikts zur Zeit die günstigste aller Varianten zumindest zur Wahrung ihrer kurz- und mittelfristigen Interessen. Mit dem Junktim zwischen Truppenabzug und Konfliktregulierung bei gleichzeitiger Kompromißlosigkeit der PMR-Führung, verfügen beide zur Zeit auch über die notwendigen Mittel, diese Offenhaltung weiter durchzusetzen. Eine endgültige Regulierung des Transnistrien-Konflikts und ihre Implementierung werden daher mit Sicherheit noch Jahre in Anspruch nehmen.





**Gottfried Hanne**

**The Transdniester Conflict:  
Origins, Determinant Conditions and Prospects of Settlement**

Bericht des BIOst Nr. 42/1998

**Summary**

*Introductory Remarks*

The conflict between the self-proclaimed "Pridnestrovskaya Moldavskaya Respublika" (PMR) in the east of the Republic of Moldova and the Moldovan government is one of the most complex of the many hitherto unresolved secession conflicts in the successor states to the Soviet Union. The present report analyses the origins of the conflict and the factors conditioning its development and attempts, on this basis, to sound out the prospects for a settlement.

The report is based on international secondary literature and on the analysis of archives and of articles published in the national and regional press, but also on talks and interviews conducted by the author with scholars, politicians and representatives of the administrations, international and societal organisations on both sides of the conflict during a ten-month fact-finding visit to the Republic of Moldova and in particular to the PMR.

*Findings*

1. Despite being known as the Transdniester conflict, this conflict about autonomy and later secession in the east of the Republic of Moldova is not so much regional as rather of an ideological, power-political, economic and in part ethnic nature.
2. The autonomy movement that started in the east of the Moldavian Soviet Socialist Republic (MSSR) in mid-1989 had its origins in the backlash of Soviet policy towards the national minorities, in the repercussions of Gorbachev's policy of reforms, and in the altercations that arose over these two policies within the MSSR and in the Soviet Union as a whole. When the accelerating shift of power in favour of the Moldavian nationalist movement, whose activities were centred mainly on the right bank of the Dniester, whittled away the MSSR-wide power base of the established leadership groups to beyond the point of no return, anti-reformist, predominantly Russian and Ukrainian but also loyalist Moldavian elites from the Party and State apparatuses, the administration and the economy deliberately attempted to territorialise what had originally been a non-territorial conflict about policy towards the nationalities and reform. The aim of this territorialisation was to preserve the status quo in those parts of the MSSR still under the control of the

Soviet elites, who knew that that status quo best served their own political, ideological and material interests.

3. The transition from an autonomy to a secessionist movement in the summer and autumn of 1990 was motivated primarily by the MSSR's declaration of sovereignty, the Moldavian Republic's leadership's growing aspirations to independence, and the calls by the Popular Front for unification of Moldavia with Romania. While up to that time the conflict had been largely an inner-Moldavian affair, as of the autumn of 1990 the Soviet centre itself began to play an active rôle, favouring the separatists against the MSSR leadership with its aspirations to independence. Encouraged by the conservative about-turn by Gorbachev, who was by this time trying desperately to keep the Union together, reactionary centrist forces gave the Dniester separatists strong support.
4. Following the dissolution of the Soviet Union, the conflict escalated in 1991/92, primarily as a result of the attempt by the PMR to take over by force and with massive assistance from Cossacks and soldiers of the Russian 14th Army stationed in Transdnister the last Moldavian-controlled regions in the territory claimed by the separatists. By deliberately provoking a Moldavian counter-attack, which was then portrayed in the PMR media as a Moldavian act of aggression, the PMR leadership was able to mobilise massive support not only among its own population but also and especially in Russia.
5. The escalation of the conflict and the successful intervention in June/July 1992 marked a turning point in Russian foreign policy towards the successor states to the Soviet Union. Across all party lines, a foreign-policy line prevailed that advocated direct political, military and economic intervention as a means of safeguarding Russian interests in the formerly Soviet region. In the light of the fact that all separatist movements depend on international support, the assistance rendered to the PMR by the Russian leadership from now on became the most important factor determining the course of the "Transdnister conflict" and the most important key to its settlement.
6. After the end of the armed conflict and in particular following the parliamentary elections of February 1994, a pronounced political change set in in the Republic of Moldova in response mainly to domestic political pressure but also to pressure from Russia. Characterised by emphasis on Moldova's independence from Romania, partial integration into the CIS, a foreign-policy course between Russia and NATO, and improved rights for the ethnic minorities and their languages, these changes made it possible to conduct direct talks with the Dniester separatists.
7. However, the talks held between Chisinau and Tiraspol' since the spring of 1993 have, even with the involvement of the CSCE/OSCE as of mid-1994, brought no striking success to date. Despite concessions on the part of the Moldovan government (which went even as far as conceding autonomous republic status) and active mediation by the OSCE, Russia, and more recently Ukraine, little progress has been made. The main reason for this is the uncompromising stance of the PMR leadership which, despite the elimination of all its major arguments (Romanisation, military threat, etc.), continues to insist on separate statehood (Moldova as a confederation of two independent states). This stance has now

ceased to be in any way related to domestic policy developments within Moldova or to the interests of the Russian-speaking population and serves solely to preserve the status quo, which enables the corrupt leadership clique to rake in a fortune in dollars from profiteering activities.

8. Although there are more and more signs to indicate a forthcoming change in Russian foreign policy that would attempt to compensate Russia's economic and military weakness and political isolation by engaging more in international co-operation, the Russian leadership is still not resolute enough and is under too much political pressure from communist and nationalist forces within the country to be able to bring its full influence to bear on the leaders of the PMR. Above all, its interest in maintaining a permanent military presence in the Moldavian region prevents the Russian leadership from withdrawing its 14th Army, in the meantime terminologically downgraded to "Operative Group" status, the presence of which remains a political, military and symbolic guarantee of the continued existence of the PMR.
9. Since both the Russian leadership and the Dniester separatists consider the continuation of the conflict more conducive to their own interests than any other solution, at least at the present time, and both have the necessary power-policy resources at their disposal, there is little prospect of the conflict being settled unless and until some fundamental change comes about in the power constellation within the PMR or Russia re-defines its foreign policy along more pragmatic lines. But given the authoritarian regime in the PMR and the persisting unresolved domestic debate within Russia about post-Soviet Russia's rôle in international politics and its national interests, there is at present no sign of either of these courses of development coming about.